

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierthalbjährig
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 29. September. Se. Majestät der König haben Allernächtig
geruht: Dem Bahnhofs-Inspektor Selle zu Koblenz den Rothen Adlerorden
vierter Klasse, dem Sanitätsrath Dr. Fischer zu Hirschberg und dem Kri-
genvorsteher, Rentier Pich zu Danzig den königlichen Kronenorden vierter
Klasse zu verleihen, so wie den evangelischen Prediger Risch in Memel zum
Seminar-Direktor zu ernennen und dem Baumeister Engel bei der landwirt-
schaftlichen Akademie zu Proskau den Charakter als Baurath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Stuttgart, 29. September. Eine heute stattgefunden
zahlreich besuchte Landesversammlung der Volkspartei beschloß Ver-
werfung der mit Preußen abgeschlossenen Verträge, sowie des neuen
Kriegsdienstgesetzes, weil es nicht nach dem schweizerischen System sei.

Die Versammlung sprach ferner gegen den Minister v. Barn-
büler ein Misstrauensvotum aus, erklärte sich gegen eine Erhöhung
der Steuern und forderte die Einberufung einer konstituierenden
Landesversammlung nach dem Gesetz vom 1. Juli 1849.

Karlsruhe, 29. September Vormittags. Nach hier eingetroffenen Mittheilungen aus Mainau werden der König und die
Königin von Württemberg am 1. Oktober daselbst erwartet.

Konstantinopel, 28. September Abends. Die Kommissi-
on, welche die Wünsche der Kanditen einer Prüfung unterwerfen
soll, ist heute von hier nach Konstantinopel abgegangen, dieselbe besteht tür-
kischerseits aus dem Großvezier, Kabul-Effendi, und Niza Pascha;
christlicherseits sind Karatheodori, Atoffides und Sawas zu Mitgliedern
ernannt worden.

Florenz, 29. September. Dem Vernehmen nach wird die
Regierung in einer Note an die fremden Regierungen sich über die
Septemberkonvention und deren Schwierigkeiten aussprechen. Der
Statistische Kongress wurde glänzend eröffnet. In Rom dauert die
Aufregung fort.

Die vertragsmäßigen Zinsen.

Aus dem Reichstage verlaufen, daß die Konservativen dem Lasker'schen Antrage wegen Aufhebung der Zinsbeschränkungen für Hypotheken-Kapitalien nur unter der Bedingung zustimmen wollen,
daß vorher der von ihnen einzubringende Antrag betrifft der erleichterten Gründung von Hypotheken-Banken zur Annahme gelangt.
Wir zweifeln, ob dies ganz richtig ist. Wollten die Konservativen
das Schicksal des Lasker'schen Antrags von der Annahme oder Ab-
lehnung des ihrigen abhängig machen, so hätten sie sich mit der
Einbringung mehr beeilt; bisher aber hört man nichts von einem
formulierten Entwurf, während der Lasker'sche in den Fraktionen
beraten wird.

Möglicher Weise genügt ja den Konservativen die Erklärung
des Grafen Spiegelitz in der vorigen Landtags-Sesssion, daß die Re-
gierung die Gründung von Hypotheken-Banken gern sehen werde.
Zugleich steht daneben die Thatzache, daß sich jede Provinz des Landes
bereits im Besitze einer oder mehrerer Hypotheken-Banken befindet
und die Gründung neuer in einzelnen in der Vorbereitung begrif-
fen ist. Wir haben in einem früheren Artikel schon die Erwartung
zu begründen gesucht, daß der Fall der sog. Bucher-Gelege von selbst
eine noch größere Regsamkeit auf dem Gebiete des Bankwesens er-
zeugen werde. Diese — wir glauben — sichere Aussicht könnte
den Konservativen genügen, dem Lasker'schen Antrage zuzustimmen,
auch wenn die Staatsregierung einem Gesetz zu Gunsten der Hy-
pothekenbanken für jetzt entgegen wäre. Dem Anschein nach ist die-
selbe ohne dies der Ansicht, daß das Hypotheken-Bankwesen auch bei
der gegenwärtigen Gelegenheit sich frei entwickeln könnte, sie fürch-
tet vielleicht gar Überfüllung und wird sich aus diesem Grunde
abwährend verhalten, um erst dann mit ihrer volle Kunst her-
vorzutreten, wenn dieses Bankwesen seine Kinderkrankheiten über-
standen hat.

Was von der Regierung verlangt wird, dreht sich doch mehr
oder weniger darum, daß sie mit ihrem Ansehen demselben zu Hilfe
kommen, eine Art moralischer Garantie übernehmen soll. Kein
Wunder, daß sie gegen diese Forderung vorsichtig ist. Aber diese
Vorsicht wird sich in demselben Maße vermindern müssen, als die
Institute aus sich selbst auf eine solide Basis gelangen und Ver-
trauen einflößen. Diese Eventualität selbst indeß hängt vorzugs-
weise ab von der Beseitigung der Bucher-Gelege, welche, wie wir
schon früher ausgeführt haben, die Hypothekenbanken vielfach ge-
nötigt, indem sie die Verwaltungorganisation erschweren oder
dieselbe nötigen, ihre Geschäfte in nicht immer ganz natürliche
Formen zu kleiden. Wie auch die Konservativen sich zu dem Lasker'schen
Entwurf stellen werden, der Annahme desselben, sei es auch in amänderter Form, sehen wir mit Sicherheit entgegen.

Bis jetzt ist nur ein Amendent des Social-Demokraten
v. Schweizer bekannt. Dasselbe will sich des kleinen Mannes, des
Gewerbetreibenden, des Bauern annehmen und geht dahin: die Be-
stimmungen in den §§. 1, 3 und 5 des Lasker'schen Entwurfs aus-
zuschließen bei Darlehen und anderen kreditirten Forderungen,
welche sich in ihrem ursprünglichen Betrage auf 100 Thlr. oder we-
niger belaufen. Dieses Amendent würde unseres Erachtens nur
die Thür öffnen zu neuen Umgehungen des Gesetzes, und was für
den kleinen Mann Gesetzeswohlthat sein soll, wäre für ihn Strafe
werden. Die Absicht, das Bevormundungsystem, welches für
den Wohlhabenden fällt, für den Armen fortbestehen zu lassen, hal-
ten wir nicht für gerechtfertigt. Die Einführung eines auf dieser
Maxime beruhenden gesetzlichen Unterschiedes würde auf den Geld-
verkehr ungefähr dieselbe Wirkung haben, wie die bisherige Unter-
scheidung zwischen Darlehen auf Wechsel und Grundbesitz. Der

leßtere kam dabei zu kurz, da die Kapitalien sich aus dem Grundbesitz
zurückzogen. So würde auch der kleine Mann in Zukunft nur
mit Not ein Darlehen aufstreben, da das Kapital anderwärts eine
bessere Anlage finde, oder er würde sich enthalten müssen, Sum-
men unter hundert Thaler auf seine Hypothek zu leihen, mithin sich
um so eher überbürden. Wenn er mit 60 oder 70 Thlr. ausreichte,
würde er über hundert Aufnehmer und eintragen lassen müssen, um
dem Darleher, ohne ihn in Schutz mit dem Geiste zu bringen,
den üblichen Zins zu gewähren zu können. Es ist ja hinlänglich be-
kannt, wie gerade im Geldwirtschafts-Gesellschaftsgebiengen zu Regel
werden können und wie dieselben immer auf den Schaden des
Geldsuchenden hinauslaufen.

Deutschland.

Preußen. V. Berlin, 29. September. Heute Vormittag
versammelte sich hier im Hotel d'Angleterre der Ausschuß des deut-
schen Nationalvereins. Anwesend waren u. A. Bräuer (Bayern),
Mey (Darmstadt), Rochau, Lammer, Lüning. Durch das
Zusammentreffen zufälliger Umstände schafften hervorragende Mit-
glieder wie Bennington, Miguel. Nach mehrstündigem sehr
lebhaften Debatten beschloß man folgende Tagesordnung für die
nächste Generalversammlung festzusetzen: 1) Geschäftlicher Bericht,
2) Verfügung über die Flotengelder, 3) Antrag des Ausschusses
wegen Auflösung des Vereines, 4) Verwendung des Ver-
einsvermögens. Zeit und Ort der Versammlung wird in den näch-
sten Tagen vom Vorstande näher bestimmt werden. Es ist jedoch
wahrcheinlich, daß die Versammlung am 20. Oktober oder am 7.
November in Kassel stattfinden wird. Die heutige Ausschusss-
sitzung leitete der Reichstagsabgeordnete Fries aus.

— Aus Konstanz, 28. Sept., 7 Uhr 35 Min. Vorm., wird
dem „St.-Anz.“ telegraphiert: Se. Majestät der König sind ge-
stern Nachmittag über hier in Mainau angelangt, wo Allerhöchst-
dieselben von dem badischen Hofe, den Behörden und der Einwoh-
nerchaft empfangen wurden. Heute findet ein Ausflug zu Dampf-
schiff nach Norischach und Weinburg in der Schweiz statt, wo auch
über Lindau die fränkisch-schweizerische Freundschaft eintreffen.

— Es verlaufen, daß neben den publizierten Accisionsverträgen
zwischen Württemberg und Preußen auch ein geheimer Vertrag be-
stehe, wodurch der Fürst sich verpflichtet habe, jeder Zeit auf Ver-
langen Preußens in die volle Annexion zu willigen und ihm dagegen
das Eigentum an dem ganzen Domänenvermögen und Befreiung
von Steuern und Abgaben zugesichert sei. Wie man sagt, ist die
sofortige volle Annexion an dem Widerpruch der fränkischen Agnaten
gescheitert, welche zwar mit der Annexion sonst einverstanden
waren, aber dabei auch für sich gewisse Vortheile zugesichert verlangten.
Hierauf wollte der Fürst nicht eingehen und man griff nun
zur Accession, zu der man die Zustimmung der Agnaten für un-
möglich erachtete. Gegen diese haben die Agnaten aber ebenfalls pro-
testiert.

— Aus Württemberg transpirirt jetzt die Nachricht, als
habe die dortige Landesvertretung die Absicht, das mit Preußen ge-
schlossene militärische Schutz- und Trubündnis zu verwerfen. Dazu
bemerkt die „Z. C.“: Wir können die Herren dort kaum für so thö-
richt halten. Man wird jetzt wissen, daß Preußen solche Winkelzüge
durchaus nicht scherhaft behandelt. Mit einem derartigen Beschlusse
würde Württemberg nach unserer Auffassung sich vollkommen ins
Freie stellen, auch würde vom Zollverein nicht weiter die Rede sein.

— Die preußische Regierung soll einer wenig preußenfreund-
lichen Korrespondenz der Aristokratie Dresdens mit dem königlich
sächsischen Gesandten in Paris, v. Seebach, auf die Spur
gefommen sein.

— Die zuerst von der „Liberté“ gebrachte Nachricht vom
Uebertritt der Königin Marie zum Katholizismus, geht, wie
man der „Wojeritz“ aus Hildesheim schreibt, dort seit mehreren
Wochen in der Form um, daß der frühere katholische Pastor Schla-
berg, der bekanntlich aus Hannover ausgewiesen ist, auf Wiener
Kirchentafeln als Beichtvater Ihrer Majestät der Königin Marie
von Hannover figurire. Ist die Nachricht begründet, so erklärt sie
Vieles aus der Vergangenheit.

— Unter der Beobachtung des ehemaligen Herzogthums Nassau herrscht
eine große Aufregung wegen Steuerüberbürdung. Die Reklamationen
gegen die Veranlagungen laufen massenhaft ein, und selbst die preußischen Be-
amten geben zu, daß die Herren der Veranlagungskommission ihr schwieriges
Gesäß nicht mit der nötigen Umsicht und Willde abgethan haben. Es soll
dennächst eine Volksversammlung zusammenberufen werden, um die Mittel
und Wege zu berathen, wie die überreiche Steuervertheilung redressirt werden
könne. Nach den Versicherungen, welche der Finanzminister dem Abg. Knapp
gegeben, steht wohl eine Abhilfe in dieser Beziehung zu erwarten.

— Auf dem mit dem Kieler Kirchentage verbundenen Kongress für innere
Mission ist, wie seit 1854 auf jedem der deutschen evangelischen Kirchentage, der
Protest gegen die öffentlichen Spielbanken unter Cusinimitt der großen
Versammlung auf's Neue nadigndlich wiederholt worden.

— Der preußische Generalstab hat so eben die erste Lieferung seines
Werkes: „Der Feldzug von 1866 in Deutschland“, erscheinen lassen,

und damit kurze Zeit nach Beendigung des denkwürdigen Krieges eine erste
authentische Beschreibung gegeben. Die diplomatischen Verhandlungen, die
Rästungen, Konzentration und Aufstellung der Heere, die Operationen gegen
Hannover und Hessen werden in der ersten Lieferung mitgetheilt, die ein
Kunsttheil des Werkes ausmacht, so daß noch vier Kunsthälfte folgen. Die Fal-
ckensteinschen und Bliesischen Operationen erscheinen dort zum ersten Male in
einem neuen Lichte, und natürlich auch das Gesetz von Langensalza. Die aller-
Wahrscheinlichkeit nach von Molte geschriebene Vorrede sagt, den Standpunkt
des Buches bezeichnend, unter Anderem: „Die Darstellung ist eine einseitige ge-
blieben, weil bis jetzt unsere damaligen Gegner Aufschlüsse nicht gegeben haben,
welche die Beweggründe ihres Handelns genügend aufklären. Leider genügt das
Ergüsse, auch wenn sie aus patriotischen Gefühlen stammen, erreichen nicht das
Ziel aller geschichtlichen Forschung: die Wahrheit.“ Dann heißt es weiter:
„Die Schilderung kriegerischer Ereignisse, an welchen die lebende Generation
Theil nahm, wird fast immer den Besiegten empfindlich herahren und sel-

ten den Sieger ganz befriedigen. Wer ohne den Zusammenhang und die lei-
tenden Motive zu kennen, mit zu handeln hatte, legt dem persönlich Erlebten
meist einen Werth bei, den er für das Ganze nicht hatte. Nebenbei kann die
Darstellung einer weltgeschichtlichen Entwicklung nur den Rahmen bilden, in
welchem auch die schönen Thaten der einzelnen Abteilungen wie der Individuen
einen bescheiden Raum einnehmen. Die Vergleichung aller Aufgaben
führt die Ansprüche der Einzelnen oft auf ein beschränktes Maß zurück und be-
richtigt Irrthümer, welche selbst in den offiziellen Berichten unabsichtlich eingesch-
lossen.“ In der kurzen geschichtlichen Einleitung wird ausgesprochen, „der Krieg
von 1866 zwischen Preußen und Sachsen war eine weitgeholte Notwendigkeit,
er mußte früher oder später einmal zum Ausbrüche kommen. Die deutsche Nation kommt zwischen dem romanischen Westen und dem slawischen
Osten nicht dauernd in der politischen Schwäche fortbestehen, in welche sie seit
ihren glorreichen Kaiserzeit verunsichert war.... Der Versuch, einige dreißig
Souveränitäten, in einen deutschen Bund vereint, hinzustellen, befriedigte
weder nach innen noch nach außen.“

— Seit dem vorjährigen Kriege ist so vielfach von der über-
wiegenden Intelligenz der preußischen Truppen die Rede gewesen,
daß es vielleicht von Interesse sein möchte, das Verhältniß der ge-
bildeten Mannschaften in einem preußischen Bataillon zu den min-
der mit Schulkenntnissen ausgerüsteten Leuten einmal in Ziffern
ausdrücklich zu sehen; es stellt sich dasselbe folgendermaßen: Jede
preußische Kompanie resp. Eskadron besitzt das Recht, p. Jahr bis
vier einjährige Freiwillige über den Etat aufzunehmen, was p. Bataillon
und Jahr also 16 gleichkommt und auf sieben Jahrgänge 112
betragen wird. Im Durchschnitt aber auch nur jährlich 2 solcher
Freiwilligen p. Kompanie angenommen, ergibt dies noch immer
56 gebildete junge Männer per Bataillon. Dazu treten dann
die 10 Mann per Kompanie, welche alle Jahr nach nur zweijähriger
Dienstzeit in Königs-Uraub entlassen werden, also p. Bataillon
40 und für sieben Jahrgänge 280, welche zum weit überwiegenden
Theil den vollen Kurzus einer Bürgerchule, oder die Ausbildung
in Quinta, Quarta, resp. Tertia einer höheren Schulanstalt ge-
hören haben, so daß auf den Bataillon
auf Kriegsstärke p. p. 300 bis nahezu 400 junge Leute
befinden, welche eine höhere oder mittlere Bildungsstufe besitzen,
während der Rest bis auf einen ganz kleinen Bruchteil mindestens
doch mit den ersten Anfangsgründen des Wissens vertraut gemacht
worden ist. Ein Verhältniß sicher, wie es sich bei keiner der andern
europäischen Armeen wiederfindet.

— Wie der „R. Pr. S.“ gemeldet wird, ist nunmehr die Beschaffung des
Geschützmaterials an 42 jüngern so weit vorgeschritten, daß die Ein-
stellung desselben in die reitenden Batterien der Feld-Artillerie-Regimenter Nr.
1 bis 5 in der nächsten Zeit zur Ausführung gebracht werden kann. Gleichzeitig
soll auch eine Umformung der bisherigen 9 Munitions-Kolonnen bei jedem der
9 alten Feld-Artillerie-Regimenter in 5 Artillerie-Munitions-
Kolonnen angeordnet werden sein, so wie, daß bei den Feld-Artillerie-Regimern
Nr. 9, 10 und 11 die vorhandenen Artillerie- und Infanterie-Munitions-
Kolonnen in Betreu der Anzahl der Fahrzeuge und Worräts-Lafetten nunmehr
ebenso nach den Ausführungs-Nachweisungen für die Artillerie- und Infanterie-Munitions-
Kolonnen bei den alten Feld-Artillerie-Regimentern umgeformt werden sollen.

— Die Postverwaltung wird in mehreren Städten, welche anerkannt „theure Städte“ sind, den dort stationirten Post-
beamten eine Beuerungszulage von 50 bis 200 Thlr. zukommen
lassen. In erster Reihe ist dieses Bedürfniß für die Städte
Frankfurt a. M., Hamburg und Lachen anerkannt worden.

— Bei einem gestern Morgen auf dem Artillerie-Schießplatz
bei Tegel stattfindenden Anschießen von neuen Laffetten ereignete
sich das Unglück, daß ein vierfündiges gußstählernes Kanonenrohr
zersprang und den Major im Garde-Feldartillerie-Regiment und
Vorstand des hiesigen Artilleriedepots Frh. v. Gregory so schwer
verwundete, daß sein Tod auf der Stelle erfolgte. Außerdem wurde
ein Kanonier sofort getötet und ein anderer verwundet. Aus dem
Geschütz waren schon eine größere Anzahl von Schüssen ab-
gefeuert worden, ohne daß auch nur das geringste verdächtige Zei-
chen wahrgenommen worden war.

— Breslau, 25. Sept. Gestern wurde Herrn M. Elsner v. Gronow
auf Kalinow von Seiten eines großen Teils der landwirtschaftlichen Preu-
ßen, welche sich bei der landwirtschaftlichen Ausstellung in Paris betheilt
hatten, durch ein Komitee zum Beischen der Anerkennung und zur angenehmen
Crimmerung an seine aufopfernde Thätigkeit ein Ehrengeßchen überreicht, besteh-
end aus einem in Silber gearbeiteten Tafel-Aussatz, welcher eine auf einem
Eichenstamm ruhende Schale darstellt, aus der sich eine Ceres-Statue erhebt.

— Wie man hört, ist es bis jetzt noch nicht entschieden, ob dem gegenwärtigen
Reichstag noch ein Reichswahlgesetz vorgelegt werden soll.

— Württemberg. Stuttgart, 27. Septbr. Die Landesversammlung der deutschen Partei erklärte einstimmig: 1. Der Eintritt in den Norddeutschen Bund sei der einzige mögliche und wünschenswerthe Weg zur staatlichen Einigung Deutschlands. Das Schutz- und Trubündnis mit Preußen und die Zollvereinigung verbürgen wenigstens etwahlfreien die nationale Einigung und die vollständige Genehmigung dieser Verträge durch
Volks-Vertretung werde erwartet. 2. Der Norddeutsche Bund bilde kein Hinderniß der freiheitlichen Entwicklung der einzelnen Landesverfassungen. 3. Die durch vermehrte Eisenbahnschuld, die vorjährigen Kriegskosten und die Neorganisations des Heeres bedingte Staatsausgaben-Erhöhung erfordern dringend neben den Ersparnissen eine durchgreifende Steuerreform.

— Waldeck. Wölzen, 26. September. An die Stelle der
Militärkonvention zwischen Waldeck und Preußen vom Jahre
1862 ist am 9. August d. J. bekanntlich eine neue abgeschlossen, und ungeachtet der durch den ständischen Vertagungsbesluß vom 17. d. M. noch ausstehenden Genehmigung des waldeckischen Landtages
bereits zur Ausführung gekommen. Das bisherige waldeckische
Füsilierbataillon ist aufgelöst und ist ein bisher in Hersfeld statio-
niertes Bataillon des 3. preußischen Infanterie-Regiments gestern
Vormittag unter den Klängen unseres bisherigen Militär-Musik-
korps in seine neue hiesige Garnison eingezogen. Der Kommandeur
des bisherigen Füsilier-Bataillons, Oberst Lieutenant von Uechtritz,
ist zum Adjutanten des Fürsten von Waldeck-Pyrmont ernannt, die

übrigen Offiziere erwarten ihre Zurückversezung in preußische Regimenter. Die Stadt hat die preußischen Krieger feitlich und freudig empfangen; partifularistische Kundgebungen sind nirgends vorfallen, und die Wünsche des Landes gehn ja auch — wie es immer mehr den Anschein gewinnt, auf eine baldige völlige Annex durch Preußen. Das Offizierkorps wurde alsbald nach der Kunst zur fürstlichen Galatafel zugezogen, da die fürstliche Familie insgesamt schon heute an die Ufer des Genfersees abgereist ist, um die nächsten Monate dort und den Winter in Mentone in Italien dem Vernehmen nach zuzubringen. (Volks-Ztg.)

Ö ster r i c h t.

Wien, 25. Septbr. Über Baron Koudelka erhält der „Wanderer“ folgende Mittheilungen. Der in Haft befindliche Feldmarschall-Lieutenant Rudolph Freiherr v. Koudelka ist der Sohn des Feldmarschall-Lieutenants gleichen Namens, der durch lange Jahre in Wien in Pension lebte und sich in jener Zeit in größter Zurückgezogenheit verschiedenen Lieblingstudien widmete, während die Mutter, eine geborene Freifrau v. Wezlar, die Erziehung der Kinder leitete. Der Vater, nicht der Sohn, diente von der Pike auf; dieser wurde, wie gewöhnlich die Söhne hoher Militärs, in frühestem Jugend Offizier und mit einigen zwanzig Jahren Hauptmann. Die Mutter besaß ein sehr bedeutendes Vermögen. Der junge Mann, der einzige Sohn, hatte stets große Geldbedürfnisse, welche die Mutter mit vollen Händen befriedigte, so daß nach deren Tode das Vermögen um so schneller zusammenschmolz, als die Familie überhaupt auf grohem Fuße lebte. Außer dem Sohne waren vier Töchter vorhanden, wovon die eine (Pauline) die Gattin des nachherigen Staatsministers Ritters v. Schmerling wurde.

Wien, 26. September. Die Meldung, daß die Verhandlungen der Krone Preußen mit dem König Georg bis auf die Erledigung einzelner „Formalien“ erfolgreich beendet seien, ist nach guten privaten Informationen in der Weise ungenau, daß an diesen „Formalien“ sehr leicht die ganzen Verhandlungen scheitern können. Es handelt sich nämlich um die Verwaltung der herauszuzahlenden Summen, und während der König Georg die unbedingt freie Verfügung in Anspruch nimmt, will Preußen sich eine Art von Garantie schaffen, daß die betreffenden Geldmittel nicht etwa sofort zur Schädigung seiner (der preußischen) Interessen und Aufrechthaltung und Förderung noch nicht ausgegebener Ansprüche verwendet werden. — Die russische Gesandtschaft ist dem Vernehmen nach zu erklären angewiesen, daß das Petersburger Kabinett auf Grund der neuesten Zusagen der Pforte bezüglich der ihren christlichen Bevölkerungen einzuräumenden Koncessionen vollständig bereit sei, höchstwahrscheinlich deshalb, weil die Pariser Verträge über eine Erweiterung und Erweiterung desselben ins Benehmen zu setzen, welche der Unabhängigkeit und territorialen Integrität des ottomanischen Reiches eine verstärkte und dauernde Garantie zu bieten geeignet erscheine.

Aus Wien, 26. September, wird der „D. A. Z.“ geschrieben: Als Mitarbeiter der süddeutschen Presse wird Herr August Röckel genannt, von welchem man freilich nur weiß, daß er im Auftrage Fröbel's in Wien und später, wie verlautet, auch in Berlin war, um Mitarbeiter zu werben, und daß er in Wien sehr angelegerlich mit der Presseleitung verkehrte. Wie dem aber auch sei, Herr Röckel hat, daß wird auf das bestimmieste versichert, auch eine lange Zusammenkunft mit Hrn. v. Beust gehabt. Mit welchen Gefühlen mögen wohl der ehemalige leitende sächsische Minister und der ehemalige Gefangene von Waldheim sich gegenübergestanden haben!

Lemberg, 26. Sept. Die bereits durchgeföhrte polnische Neorganisation des hiesigen ruthenischen Gymnasiums hat die der polnischen Partei unerwartete Folge gehabt, daß die ruthenischen und jüdischen Schüler der höheren Klassen fast ohne Ausnahme die Anstalt verlassen haben und zum hiesigen deutschen Gymnasium übergegangen sind. Während in den vier höheren Klassen des polonisierten Gymnasiums kaum je 10—15 dem polnischen Stamm angehörige Schüler zurückgeblieben sind, zählen dieselben Klassen des deutschen Gymnasiums je 100—150 Schüler, so daß sie in Parallel-Klassen getheilt werden müssen. Die ruthenische und jüdische Bevölkerung legen der Kenntnis der deutschen Sprache mit Recht einen weit höheren praktischen Werth bei, als der der polnischen Sprache und sträuben sich mit aller Macht gegen ihre Polonisierung.

G roß b r i t a n n i e n u n d I r l a n d.

London, 27. Sept. Der Bremer Dampfer „Atlantic“ ist aus Newyork in Southampton, und der Dampfer „Persia“ ebenso in Queenstown angekommen.

Mit dem Westindendampfer sind Obrist Rodenbach und vier österreichische Offiziere mitgekommen.

Das Memeler Schiff „Delphur“, von London kommend, ist bei der Insel Blieiland gestrandet. Nur ein Mann wurde gerettet.

„Times“ meldet, daß für Rechnung der spanischen Regierung behufs Konversion der Staatschuld $1\frac{1}{4}$ Millionen in London und Amsterdam eingezahlt worden sind. Der Termin für die Konversion ist bis zum 5. Oktober hinausgeschoben.

Die Admiralty hat große Kontrakte auf Lieferung von Milch-Essenz, eines durch Sader und Einholung hergestellten Präparats, abgeschlossen, welches an Bord der nach Abyssinien bestimmten Flottille abtheilung genommen werden soll. Fünf Schiffe gehen morgen nach dem mittelländischen Meere ab, um 7—800 in den Küstenländern aufgekauft Maultiere für Abyssinien zu verladen.

Das in Manchester gegebene unheilvolle Beispiel bestätigt seine ansteckende Kraft über den irischen Kanal hinüber. Die zu Ehren Kelly's angezündeten Feuer und die lärmenden Aufzüge in der Grafschaft Cork sind noch eine milde Form, in welcher die Feuerkranthit auf der grünen Insel wieder auftritt; schlimmere Gestalt hat sie in Limerick angenommen, wo es zum Strafengesetz gekommen und Blut geflossen ist. Ein Pöbelhaufe, der wahrscheinlich auch zur Feier der Ereignisse in Manchester die Stadt durchzog, vergaß sich so weit, zwei Soldaten zu nächthandeln; eine Kompagnie der 74. Hochländer rückte an; es entspans sich ein Kampf und 8 Leute erhielten Bayonettschläge, einer tödlich. Zwei Mal wurde das Gesetz erneuert bis zuletzt auch Dragoner einschritten. Es herrschte ungeheure Aufregung und eine Untersuchung über die Vorgänge ist bereits eingeleitet.

London, 28. Septbr., Morgens. Einer Mittheilung der „Times“ zufolge haben in Liverpool in Folge des Weichens der Baumwolle noch mehrere kleine Fallissements stattgefunden.

— yr. Dampfer „Persia“ sind Nachrichten aus Veracruz bis zu 13. d. Mts überbracht. Suarez hat den Admiral Tegethoffe empfangen und sich angeblich bereit erklärt, gegen Übergabe der den Admiral zu einer Mission ermächtigenden amtlichen Dokumente den Leichnam Maximilians auszuliefern,

Als Präsidentschaftskandidaten sind Suarez, Escobedo und Porfirio Diaz aufgestellt worden.

Die Aufstände in Hayti gegen Salnave und in Portoriko gegen die spanischen Behörden dauern fort, doch wird die Nachricht, der General-Gouverneur von Portoriko sei von der Insel geflüchtet, in Abrede gestellt.

F r a n k r e i c h .

Paris, 26. Septbr. Die Börse ist naiv genug, die Verminderung der Encaisse der Bank um 12 Millionen als ein Symptom aufzufassen, daß die Geschäfte wieder beginnen sich zu beleben. Woher wohl die Belebung kommen soll, und wie sie denkbare sein kann, so lange die Notencirculation nicht entsprechend zugenommen hat und die laufenden Rechnungen sogar in weiterer Abnahme sind. Die Regierung hat Geld ins Ausland schicken müssen, um Getreide kaufen zu lassen. Das ist offenbar der unerfreuliche Grund der für erfreulich geltenden Errscheinung, daß die Bank von ihrer Geldfülle einigermaßen erleichtert ist. Selbst die Illusion, der sich die Börse in diesem Betracht hingibt, und die Freude, die ihr Garibaldi's Verhaftung bereitet ist, wird gestört durch das Gerücht, nicht Lavalette, sondern Drouyn de l'Huys, würde in die Stelle des Marquis de Moustier eintreten, der übrigens nach seiner Rückkehr von Paris an seine Geschäfte gegangen ist, ohne irgendwie zu verrathen, daß er diese nicht lange mehr zu führen haben werde. Bestätigt es sich, daß Drouyn de l'Huys Minister des Auswärtigen wird, dann kann auch die Allianz mit Ostreich als abgeschlossen betrachtet werden. Allianz mit Ostreich bedeutet aber alles Andere eher als den Frieden.

Paris, 27. September. Das „Memorial Diplomatique“ meldet, daß der Nuncio des heiligen Stuhles sich Mittwoch Morgen aufs Ministerium des Auswärtigen begeben habe, um durch Vermittelung des Marquis de Moustier dem Kaiser den Dank des heiligen Stuhles bei Gelegenheit der Verhaftung Garibaldi's kund zu geben. „Die päpstliche Regierung erkennt an, daß die glücklichen Maßregeln, mittels welcher die gegen die römischen Staaten beabsichtigte Expedition bereitstellt worden ist, dem Einflusse des Tuillieren-Kabinetts zu verdanken sind.“

Obgleich noch alle Privatnachrichten über die letzten Ereignisse in Italien hier fehlen, so ist man doch keineswegs vollständig, und die Maßregeln, welche man in Betreff Rom's ergripen hat, sollen aufrecht erhalten werden. Ein ministerielles Provinzialblatt meldet darüber, wie folgt: „Im Allgemeinen glaubt man wohl, daß die Söhne Garibaldi's nach der Verhaftung ihres Vaters den Feldzug gegen Rom forsetzen werden. Doch versichert man, daß die französische Regierung bis zur Befestigung aller Befestigungen ihre Vorbererungen Betreffs der Absendung von Truppen nach Rom bestehen lassen wird. Herr Nigra, der erfahren, daß der Beschuß des Ministers, jogleich 15,000 Mann Truppen nach Rom zu senden, die kaiserliche Sanktion erhalten hatte und aufzuführen werden sollte, telegraphirte sofort der Florentiner Regierung, welche dadurch in die Alternative verlegt wurde, entweder Garibaldi festzunehmen, oder sich einem Konflikte mit unserer Armee auszuzeigen, und sich zum ersten entschloß.“ — Die Reise des Generals Fleury nach München und Wien soll mit Unterhandlungen in Verbindung stehen, die Frankreich mit Bayern und Ostreich eingeleitet, um mit ihnen die Sicherheit — Rom's zu garantiren!

Holländer, von Geburt ein Breslauer, früher mit der Überwachung der deutschen Journale im Ministerium des Innern betraut und zuletzt Direktor der „Situation“, ist gestern gestorben. Holländer gehörte zu der Klasse der Pariser Deutschen, die ihren Weg dadurch zu machen suchten, daß sie vor den Franzosen im Staube liegen und auf ihr Vaterland schimpfen. Diese Sorte hat dem Ansehen Deutschlands im Auslande von je her am meisten geschadet.

N i e d e r l a n d e .

Haag, 28. September. Die von französischen und deutschen Blättern verbreitete Nachricht, es seien Unterhandlungen wegen Bildung einer neutralisierten Staatengruppe Holland-Belgien-Luxemburg im Gange, wird von unterrichteter Seite als vollständig grundlos bezeichnet.

B e l g i e n .

Brüssel, 28. Septbr., Vormitt. Der Bericht der Kommission für die Neorganisation der Armee beantragt eine Stärke von 100,000 Mann für die stehende Armee, die Aufhebung der Stellvertretung und des Loskaufes und die Errichtung einer Bürgerwehr von 30,000 Mann für den Kriegsfall.

I t a l i e n .

Florenz, 28. September. Die „Gazzetta uffiziale“ schreibt: Garibaldi ist auf sein Ersuchen nach Kaprera geführt worden.

Die Erklärung der „Gazzetta uffiziale“ hat im höchsten Grade den Unwillen des radikalen „Movimento“ erregt; es sagt: „Man sieht, die Masken fangen an zu fallen: der dem Lande verderbliche Mann, der Vorläufer der Niederlage von Novara, des Friedens von Villafranca, der Mann der Füssiladen von Aspromonte, läßt sich von Neuem blicken, wie er ist und wie die Natur ihn geschaffen hat und er erklärt den heiligsten Rechten der Nation, den gerechtesten Bestrebungen für die Verbesserung des nationalen Programms den Krieg. Dieser Mann ist Nattazzi.“ — Dem General Cialdini soll einem Gerüchte zufolge der Oberbefehl über das Observationskorps an der römischen Grenze übertragen worden sein.

In Rom, in Florenz und in noch zwanzig Städten, aus denen Nattazzi Verhügungs-Telegramme bezogen, ist alles ruhig. In Betreff der Telegramme sind wir ganz auf den guten Glauben von Nattazzi's Leuten angewiesen, da das „Diritto“ meldet, daß die Telegraphen-Büreaux Weisung erhalten hätten, bis auf Weiteres keine Privatdepeschen anzunehmen.

Die Nachricht von der Kollektiv-Entlassung, welche angeblich die Offiziere der Legion von Antibes eingereicht, läßt sich jetzt dahin zurückführen, daß sie sich sämtlich zum Obersten d'Argy begaben, um einen solchen Schritt in Aussicht zu stellen für den Fall, daß die Meldung über ihr verändertes Verhältniß zur französischen Armee sich bestätige.

S p a n i e n .

Madrid, 27. Septbr. Durch ein Dekret werden die auf fremdes Gebiet geflüchteten Insurgenten aus dem letzten Aufstand amnestiert unter der Bedingung, daß sie sich binnen dreißig Tagen vor den spanischen Behörden oder den spanischen Repräsentanten im Auslande stellen.

Es herrscht jetzt hier ein neues Kriegsgesetz, welches die männlichen Einwohner der Dörfer und Städte, wo kein Militär kantonierte, verpflichtet, bei Annäherung von Insurgentenhausen mit den ihnen gebotene Waffen und beim Gelade der Sturmglöcke sich zu versammeln, um mit dem Altkalten an der Spitze sich dem Einzuge der Rebellen zu widersezen. Den Altkalten, welche dieses Gesetz nicht bugstäblich in Erfüllung bringen, steht eine zehnjährige Zudithausstrafe bevor, den Einwohnern hingegen eine Geldstrafe von fünfhundert Duros bis zu sechs Jahren Galeeren, je nach ihrem Beigangsgrunde. Solche Repressalien sind kaum in dem letzten siebenjährigen Bürgerkrieg vorgekommen.

R u s s l a n d u n d P o l e n .

Petersburg, 27. Sept. Gute Nachrichten nach werden den Soldaten nur kurze Urlaube bewilligt, und zwar höchstens bis zum 1. April 1868. — Die „Senatszeitung“ veröffentlicht einen zwischen Russland und den Niederlanden abgeschlossenen Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern.

A m e r i k a .

Newyork, 26. Septbr. Der Generalkapitän von Kuba starb am gelben Fieber.

V o m R e i c h s t a g e .

10. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 28. September 1867.

Eröffnung 10^½ Uhr. Die Tribünen sind besetzt. An den Tischen des Bundesrates Graf Bismarck, die Kommissarien Delbrück, Günther und v. Philipsborn, ferner v. Liebe, Gildemeister u. A. — Abg. Hagen (Berlin) ist in das Haus eingetreten und der 1. Abtheilung zugelegt.

Präsident Sisontheit die Konstituierung der beiden Kommissionen für die Vorlagen betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst und die Nationalität der Kaufahrtschiffe mit. (S. u.)

Das Haus tritt in die Specialdebatte des Etats des Norddeutschen Bundes für 1868 ein. Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 1. Bundeskanzler-Amt 70,500 Thlr., nämlich Beoldungen 35,500 Thlr. (der Bundeskanzler erhält kein Gehalt, der Präsident des Bundeskanzleramtes 6000 Thlr. und freie Wohnung, drei vortragende Räthe 2200 bis 3000 Thlr., zwei Hülfsarbeiter 1600 und 1800 Thlr., zwölf Subalterbeamte in Summe 13,600, darunter ein Bureauvorsteher 1600 Thlr., neun Unterbeamte 3550 Thlr. (die beiden leitenden Kategorien verfehen zugleich beim Bundesrat und seinen Ausschüssen die betreffenden Geschäfte ohne Entschädigung), ein Buchhalter der Bundeskasse bei der Generalstaatskasse 1200 Thlr. — Personliche Ausgaben 5000 Thlr., fachliche 20,000 Thlr., davon 10,000 Thlr. für das Verordnungsblatt des Bundes, Dispositionsfonds des Bundeskanzlers zu unvorhergesehenen Ausgaben 10,000 Thlr.

Zu diesem Tit. 1 liegt folgender Antrag des Abg. v. Hagle vor: Der Reichstag wolle beschließen: den Bundeskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die archivaren Schäfe der Norddeutschen Staaten, dieses der dadurch gemacht werden, daß die Aufnahme vollständiger Urkunden- und Altenverzeichnisse der öffentlichen Archive der zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, sowie die Wiedervölkigung und die Veröffentlichung dieser Verzeichnisse durch den Druck erfolge. — Zu diesem Behufe wurde jährlich eine entsprechende Summe auf den Etat des Bundeskanzleramtes zu bringen sein.

Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück: Die Behörde, um die es sich hier handelt, ist eine neue, und es wird deshalb erforderlich sein, einige allgemeine Umrisse ihres Wirkungskreises zu verzeichnen. Sie soll zusammenfassend die diesjenigen Zweige der Verwaltung, welche durch die Bundesverfassung dem Präsidium des Bundes übertragen worden sind. Dabin gehört zunächst die Postverwaltung und Telegraphenverwaltung, diese beiden Verwaltungen werden in Zukunft Abtheilungen des Bundeskanzleramtes bilden. Hier in dem Etat erscheinen sie aber nicht, sie erscheinen, und zwar als Centralverwaltungen in den besonderen Etats; sie werden aber in einer organischen Verbindung mit dem Bundeskanzleramt gebracht werden. Es wird sodann dieser Behörde außerdem die Konsulsverwaltung, sowie sie sich auf die Bundeskonsulate bezieht, auf den Befehl einer Antrag, die Befreiung, die Vervielfältigung und die Veröffentlichung dieser entsprechenden Summe auf den Etat des Bundeskanzleramtes zu bringen sein. In diesem Maße wird dann auch die Konsulsverwaltung, wie sie bisher im preußischen Ministerium des Innern geführt worden ist, übergeben auf das Bundeskanzleramt. Der Behörde werden ferner zufallen diejenigen Funktionen, welche in Beziehung auf Zoll- und Steuerverwaltung der Bund ausübt. Es sind dies lediglich beauftragende. Die eigentliche Verwaltung der Zölle und Steuern ist nach der Bundesverfassung bei den einzelnen Staaten verblieben, eine eigentliche Verwaltung steht dem Bunde nicht zu. Das, was ihm zu bevoilichtige und Stationsvorsteher ausgeteilt wird. Das Bundeskanzleramt hat ferner die Funktion, die legislativen Aufgaben des Bundes vorzubereiten. Es wird ihm ferner je nach der weiteren Entwicklung der Verhältnisse mehr oder weniger die Verwaltung der handelspolitischen Angelegenheiten zufallen. Es liegt überhaupt in der Natur der Sache, daß in einem neuen Staate sich für die Ausdehnung der Funktionen der neuen Behörde ein ganz bestimmter Rahmen nach allen Seiten hin nicht ziehen läßt. Es ist deshalb dieser Etat in ganz eminentem Sinne nur ein allgemeiner Umris. In wie weit die Fonds ausreichen werden, das wird lediglich von den weiteren Entwicklung der Dinge abhängen, die im Einzelnen sich in diesem Augenblick noch gar nicht übersehen läßt.

Abg. Dr. Waldeck: Dies erste Kapitel führt am deutlichsten die Unfreiheit unserer Zustände vor. Es umfaßt zugleich das Bundeskanzleramt und den Bundesrat, denn der folgende Titel verweist auf diesen. Der Bundesrat ist ein verfassungsmäßiges Organ, das die Legislative, theilweise auch die Executive bestellt. Der Vorsitzende desselben ist der Bundeskanzler. Hierdurch werden Kosten veranlaßt, aber es werden dazu nur Paufquanta ausgeworfen. Wir haben also für das eigentlich verfassungsmäßige Organ keinen festen Etat, und die Motive sagen einfach, wir können ihn nicht haben. Zur Prüfung der geforderten Summen finde ich aber weder in der Vorlage noch in den bestehenden Institut Hätte sich der Anhalt leicht finden lassen. Statt dessen ist nun eine neue Behörde durch diesen Etat ins Leben gerufen unter dem Namen Bundeskanzleramt. Von ihrer Bedeutung, ihren Funktionen, wußten wir bis zur Stunde nichts. Wir haben gestern gehört, daß allerdings der Bundeskanzler der einzige Beamte der Bundesverwaltung sei. Diese Erklärung ist, insofern sie eine Verantwortlichkeit dieses Beamten konstituiert, gewiß sehr anzuerkennen, allein es stimmt das mit der Lage der Sache und mit den Zuständen, wie sie nach unserer Verfassung sind, im Grunde doch äußerst wenig überein. Wäre der Bundeskanzler das wirklich, dann müßte sein Etat doch wahrsch. viel größer sein. Welche Verwaltung hat denn der Norddeutsche Bund überhaupt? Ich will ihn als ein Ganzes aufzufassen, dem das Militär- und Marinewesen, das Post- und Telegraphenwesen, das Finanz- und Zollwesen, letzteres freilich in ganz beschränktem Maße, übergeben sind. Da tritt nun sofort hervor, daß das Kriegs- und Marinewesen nicht in die Verwaltungsfunktionen des Bundeskanzlers fallen. Denn in den Erläuterungen des Militäretats finden wir mit einem Male den Herrn Kriegsminister ganz wie wie ihn in Preußen gehabt haben. Er sollte dem Reichstage also verantwortlich sein, wie er es verantwortlich ist; er ist es aber nicht, und das Bundeskanzleramt kann doch nicht verantwortlich sein für eine Verwaltung, die außerhalb seiner Funktion liegt. Eben so wenig wird das Marinewesen, dessen Etat vielleicht der einzige ist, welcher dem Reichstage als selbstständiger Etat vorliegt, zur Kompetenz des Bundeskanzleramtes gehören. Die Verfassung hat Sr. Majestät dem Könige dreilei Funktionen übertragen; er ist Bundespräsident, sodann ist ihm die Marine übergeben und drittens ist er Bundesfeldherr. Als unter das Bundespräsidium fallend hat man also das Militär- und Marinewesen nicht gerechnet. Nun der Bundeskanzler derjenige Beamte, der die Funktionen des Bundespräsidium wahrgenommen hat, dann gehört die Verwaltung des Militär- und Marinewesens eben nicht dazu. Es ist also ein Traum, wenn man vielleicht

dessen Verantwortlichkeit uns diejenige ersezten könnte, welche bei einem Bundesstaat nur durch eine Bundes- oder Centralgewalt gegeben werden kann. Auch die Vertretung des Bundes nach Außen soll zu den Funktionen des Bundeskanzleramtes gehören, eben so die Regelung der handelspolitischen Beziehungen. Aber warum vermissen wir dann im Etat den des auswärtigen Ministeriums? Mr. S., wir sind also hier in der Lage, verschiedene Summen für Stellen bewilligen zu sollen, deren Funktionen wir nicht kennen. So lange ich das aber nicht ganz genau übersehe, bin ich nicht in der Lage, irgend eine Bewilligung eintreten lassen zu können. Jedemfalls scheint es mir am zweckmäßigsten, die Berathung dieses Etats zulegt zu nehmen, wenn wir es nicht vorliegen, die Berathung dieser Kommission zur Vorberathung zu überweisen, denn ich kann mich unmöglich jetzt schon für informirt erklären. Nehmen Sie die Sache ja nicht gleichgültig, m. H.! Es wäre ja möglich, daß sich aus diesem kleinen Anfang etwas Großes, eine wirkliche Centralgewalt entwickeln könnte. Das wird aber unmöglich sein, wenn wir die Sache in dieser oberflächlichen Weise behandeln.

Abg. Wald ed reicht einen förmlichen Antrag ein, die Positionen 1 und 2 dieses Kapitels an eine Kommission zu verweisen, desgleichen der Abgeordnete Duncker: das ganze Kapitel erst am Schlusse des Etats des Bundes zur Abstimmung zu bringen.

Abg. v. Kirchmann (zur Geschäftsordnung). Ich seze voraus, daß die Abstimmung über den Waldeck'schen Antrag erst nach erfolgtem Schluß der Generaldiskussion über den ersten Abschnitt stattfinden wird, da sich erst aus dieser beurtheilen läßt, ob der Antrag anzunehmen oder zu verwerfen sei.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt der Abg. Waldeck, seinen Antrag in diesem Sinne gestellt zu haben.

Die Sitzung, aus der Wobe das Abg. Waldeck hiebe ich das erfreuliche

Abg. Lasker. Aus der Rede des Abg. Waldeck habe ich das erfreuliche
Begeständniß gehörte, daß die Verfassung wenigstens einige Keime der Ent-

gewissendom gebürt, daß die Verfassung wenigstens einige kleine der Entwicklung in sich trägt, und wir stehen dadurch beide auf dem positiven Boden, an der Entwicklung dieser Keime mitzuarbeiten. Hierzu bietet die vorliegende Budgetberatung die beste Gelegenheit, und namentlich an den Abschnitt, welcher vom Bundeskanzler handelt, lassen sich am geeignetesten Debatten über die wichtigsten Verfassungsfragen anknüpfen. Sieht schon, wo die Entwicklung erst beginnt, zu fragen, wie die Organisation sich gestalten wird, wie die eingelben Zweige der Verwaltung sich gegenseitig begrenzen werden, dazu bin ich nicht neugierig genug, und das wird der Bundeskanzler ebenso wenig wissen, wie wir selbst. Es wurde die Frage von der Verantwortlichkeit aufgeworfen. Prinzipiell halte ich dieselbe nicht schwierig zu beantworten, da die Verfassung Anhaltepunkte genug dafür bietet. Richtig ist es, daß in derselben dem König von Preußen drei Funktionen überwiesen worden sind, als Bundespräsident, als Oberherr der deutschen Flotte und als Bundesfeldherr, und es fragt sich nur, von welchen Personen die Verantwortlichkeit für diese einzelnen Zweige getragen wird. Der Bundesrat hat gleichzeitig eine legislative und eine exekutive Thätigkeit. In der ersten, wo von ihm die freie Mitwirkung eines gesetzgebenden Körpers gefordert wird, kann er unmöglich verantwortlich sein, wohl aber für die zweite. Wie weit die exekutive Thätigkeit reichen wird, läßt sich genau nicht begrenzen, es kann dies nur durch die Praxis entschieden werden. Da nun der Bundesrat aus den Bevollmächtigten der verschiedenen Staatministerien besteht und seine Mitglieder auch von diesen ihre Instruktionen empfangen, denen gemäß sie stimmen müssen, so kann die Verantwortlichkeit auch nur von den Ministern der einzelnen Staaten getragen werden, nicht aber vom Bundeskanzler, der auf die Abstimmungen diesen Einfluß nicht hat. Der dagegen gemachte Einwand, daß man den Einzelnen nicht verantwortlich machen könne, weil nur die Mehrheit der Stimmen maßgebend sei, ist nicht zutreffend, da derselbe Hall im Staatsministerium und allen Kollegien vorliegt, wo der Einzelne so lange die Verantwortung für einen Beschuß trägt, bis er nachgewiesen hat, daß er an demselben nicht mitgewirkt habe. Soweit endlich der König von Preußen eine Thätigkeit in seiner Eigenschaft als Bundespräsident äußert, ist der Bundeskanzler verantwortlich, und nur wenn er für einen bestimmten Theil einem besonderen Minister die Verantwortung überträgt, wie dies in der Militär-Verwaltung dem preußischen Kriegsminister geschieht.

gegenüber geschieht, bleibt dieser betreffende Minister verantwortlich. — Sie liegen, daß sich die Verantwortlichkeit theoretisch leicht vertheilen läßt, weniger leicht wird dies allerdings in der Praxis sein, das Prinzip ist aber gewahrt. Hinsichtlich der Befolgun gen von Beamten, welche dem Bundeskanzler geordnet sind, halte ich es allerdings auch nicht für mindestens unangemessen, daß von

geordnet sind, halte ich es allerdings auch nicht für wünschenswerth, daß von Ministerräthen Geschäfte geführt werden, die in Preußen von den Ministern selbst beaufsichtigt werden; da jedoch durch die Bundesverfassung der Bundeskanzler allein hingestellt ist und es die Natur der Sache verlangt, daß seine Geschichte durch technische Hilfsarbeiter vorbereitet werden, so sind diese Posten nothwendig und ich werde für Bewilligung derselben stimmen, weil ich sie nicht für zu hoch angefegt halte. Für den Bundeskanzler selbst hätte man vielleicht auch ein Gehalt von 10,000 Thalern erwartet, doch wollen wir dazu keine Anregung geben, dafür sind wir ein zu gutes Parlament. Ich will bei dieser Gelegenheit noch einen andern Vorwurf zurückweisen, den man dem Etat gemacht hat, daß nämlich in demselben die Mittel für Gesandte des Bundes nicht angezeigt sind; ich selbst hätte auch eine Vertretung des Bundes durch eigene Gesandte gewünscht; da jedoch die preußischen Gesandten mit dieser Vertretung beauftragt sind, so wäre es Sache des preußischen Abgeordnetenhauses, dies bei seiner eigenen Budgetberathung zu moniren. Es ist nur Sache einer finanziellen Abrechnung zwischen Preußen und dem Bunde, das Verfassungsrecht wird dadurch nicht beschädigt. Auch hätte diese Vertretung leicht zu Verwicklungen mit anderen Staaten Veranlassung geben können, da der Norddeutsche Bund noch von wenigen Staaten anerkannt ist und die Sache bei dieser Gelegenheit zur Entscheidung gebracht werden mußte. — Nach allen diesen Ausführungen habe ich keinen Grund, den vorliegenden Abschnitt des knapp zugeschnittenen Etats zu bemängeln, und werde denselben in der vorliegenden Fassung bestätigen.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich kann mich den wesentlichsten Declarationen des Vorredners nur anschließen und konstatiere dies mit Genehmigung. Ich will nicht, wie der Abg. v. Kirchmann es gethan, zurückgreifen auf die Diskussion des verfassunggebenden Reichstages und nicht untersuchen, ob die Dinge, wie sie jetzt eingerichtet, auch wirklich gut sind. Diese Frage ist jetzt nicht zu entscheiden; wir müssen uns hier nach dem richten, was jetzt in der Verfassung steht. Der Antrag, die Diskussion auszuführen und diesen Etat an einen Ausschuss zurückzuweisen, kann doch nur durch die Betrachtung motiviert werden, ob das Bundeskanzleramt überhaupt eine nötige Institution für den Geschäftsbetrieb ist, nicht aber damit, ob die Verfassung mit den Wünschen derer übereinstimmt, die gegen sie gestimmt haben. Zur Beurtheilung der hier allein maßgebenden Frage muß ich anführen, daß jede Fortsetzung des Geschäftsbetriebs der Bundesverwaltung unmöglich wäre, wenn nicht das Bundeskanzleramt so bestellt wird, wie es der Etat will; das Bundeskanzleramt ist ein ganz unentbehrlicher Maschinenthilfe der Machine, wie sie eben konstruiert ist. Einen näheren Nachweis über die Organisation ganz genau und deutlich zu geben, sind wir noch nicht in der Lage; denn, wie der Herr Vorredner ganz richtig gesagt hat, solche Dinge werden nicht nach theoretischen Vorschriften geschaffen, sondern werden und wachsen. Auch in seiner Ausstattung würde das Bundeskanzleramt mit Arbeitskräften nicht genügend versehen sein, wenn nicht die preußischen Ministerien ebenso, wie die den übrigen Bundesstaaten zu Hilfe gezogen würden. Sie werden wohl aus den Zeitungen sowohl, wie aus den ihnen bereits gemachten Vorlagen schon ersiehen haben, wie außerordentlich groß die Thätigkeit der Ministerien des Bundesstaates gewesen ist, und wie viel mit ähnlicher

der Mitglieder des Bundesrats gewesen ist, und wie viel mit ähnlichen Arbeiten in den Fachministerien der verbündeten Staaten zu thun war. Ich glaube, meine Herren, daß Ihr Widerstreben gegen die Biffern gestützt wird von einer erklärlichen und gewissermaßen berechtigten Neugierde darüber, wie die Sache denn eigentlich gemacht wird. Ich denke nun, einiges Licht darüber zu verbreiten. Ich kann Ihnen sagen, daß ich meinerseits keine prinzipiell wichtige

Scheinen, wenn ich Ihnen sage, daß ich meinerseits keine prinzipiell wichtige Sache in den Bundesrat einbringe, ehe ich mich nicht mit meinen preußischen Kollegen verständigt habe; und ich sege voraus, daß auch meine Kollegen im Bundesrat nicht eher eine bestimmte Stellung einnehmen, als bis sie mit mir, der die Verantwortung dafür trägt, einig sind. Der Bundeskanzler muß immer, wie ich früher schon einmal ausgeführt habe, mit seinen preußischen Kollegen Fühlung behalten. Jede preußische Vorlage, die in den Bundesrat eingereicht werden soll, wird deshalb vorher auf dem amtlichen Vortragsverzeichniß der preußischen Minister fungiren, und dort diskutirt, wie eine Vorlage, die in den preußischen Landtag eingeführt soll. Der Unterschied ist nur der, daß bei einer

einem preußischen Landtag gelangen soll. Der Unterschied ist nur der, daß bei einer spezifisch preußischen Vorlage der Ministerpräsident, wenn er sich mit seinen Kollegen im Ministerium nicht einigen kann, zu Seiner Majestät dem König geht und sagt: „Mit diesen Kollegen kann ich das Verhältniß nicht weiter fortführen; einer von uns muß ausscheiden.“ – In Bundesangelegenheiten dagegen ist die Lage des Ministerpräsidenten eine günstigere. Wenn ich auch mit meinen Kollegen hier nicht einverstanden bin, so bin ich doch formell berechtigt, die Vorlage einzubringen, ich kann allerdings dabei in die Verlegenheit kommen, daß dann mein Kollege zu Seiner Majestät geht und sagt: „Mit diesem Bundeskanzler als Ministerpräsidenten kann ich nicht mehr arbeiten; einer von

uns Beiden muß ausscheiden." — So gleicht die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers allerdings einem Januskopf, der aber auf beiden Seiten dasselbe Gesicht zeigt. Die Verantwortlichkeit in preußischen Sachen ist eine zweifache; einmal dem Reichstage gegenüber verantwortlich der Bundeskanzler, und dann dem preußischen oder sächsischen Landtage gegenüber der betreffende preußische oder sächsische Minister. Wenn beide nicht einig bleiben, muß der Eine oder der Andere ausscheiden. Der Vorredner hat deshalb ganz Recht, wenn er ausführt hat, daß die Verantwortlichkeit für Alles, was vorkommt, im Staatsleben der verbündeten Staaten ganz ebenso gedeckt ist, wie früher, es giebt eine einzige Handlung, für die Niemand verantwortlich wäre.

Abg. v. Kirchmann: Ich glaube, daß wir durchaus berechtigt sind, die von uns angeregten Fragen zu stellen, und muß deshalb den dafür gebrauchten Ausdruck einer „Neugierde“ zurückweisen. Der Vertreter des Bundespräsidiums hat selbst anerkannt, daß wichtige Branchen, wie das Post- und Telegraphenwesen noch nicht hinreichend geordnet sind, so daß nur ganz allgemeine legislatorische Schätzungen im Etat vorliegen. Dies reicht aber nicht zu, um uns das Recht zu geben, definitive Behörden einzurichten, ehe ihre Befugnisse und der Umfang ihrer Geschäfte feststehen, ich muß hiebei noch mehrere Fragen an den Herrn Bundeskanzler richten, nämlich erstlich, ob der im Etat aufgeführte Frieds- und Marineminister als Mitglied des Bundespräsidiums aufzufassen ist.

führte Kriegs- u. Marineminister als Mitglied des Bundes gelten soll oder nicht; ob also der preußische Kriegs- u. Marineminister fünfig als Bundesminister gelten und als Beamter des Bundeskanzleramtes fungiren soll und ob der Bundeskanzler auf denselben auch den Einfluß ausüben kann, der ihm als alleinigen Chef der Verwaltung des Bundes gebührt; zweitens, ob der Kriegs- und Marineminister, wenn er Bundesminister ist, nicht von den Berathungen des preußischen Generallandesamts ausgeschieden ist, oder ob er auch dort noch funktionirt und Einfluß hat auf die Entschlüsse seiner preußischen Kollegen, wie jene auf eine Thätigkeit? — Diese Fragen sind durch die Statspositionen gerechtfertigt. Nach dem Etat ist uns die ganze Verwaltung des Bundes-Kriegs- und Marinewesens vorgelegt; daraus folgt doch, daß diese Stats aus den Stats der einzelnen Bundesländer ausscheiden; also auch aus dem preußischen Etat; wenn aber dieser Etat nicht mehr in das preußische Budget gehört, so gehört auch die Verwaltung und das Kriegsministerium nicht mehr zur preußischen Verwaltung; der Kriegsminister kann also nicht mehr preußischer Minister sein, sondern er ist Bundesminister. Und das ist durchaus erforderlich. Es handelt sich hier um einen Etat von 80 Millionen Thalern; das preußische Abgeordnetenhaus, dem der Kriegsminister bisher verantwortlich war, hat nicht mehr darüber zu befinden. Wer soll denn nun diesen Herrn zur Verantwortung ziehen und Kontrolle üben? Es kann dies nur noch der Reichstag thun. Wir müssen deshalb wissen, daß er uns entweder selbst verantwortlich ist oder unter dem Bundeskanzleramt steht, also ein Bundesbeamter ist. Die Entscheidung dieser Frage ist von Wichtigkeit bei der Dotiration des Bundeskanzleramtes, denn wenn das Kriegs- und Marinewesen nicht zum Ressort des Bundeskanzleramtes gehört, so bleibt diesem nichts weiter zu thun übrig, als die Vorbereitungen zu den legislativen Vorschlägen für den Reichstag zu treffen. In diesem Falle ist aber nicht nöthig, eine so bedeutende Behörde mit so bedeutenden Gehältern einzurichten. Es ist dann für's Erste hinreichend, dem Bundeskanzler einen Dispositionsfonds zu bewilligen, aus dem er die Kosten für die nöthigen Arbeitskräfte bewilligen kann: zu einer definitiven Behörde können wir aber erst dann unsere Genehmigung ertheilen, wenn wir sehen, wie sich der Umfang ihrer Geschäfte entwickelt. Ich hoffe, daß sich dann auch bald herausstellen wird, daß wir mit der Verantwortlichkeit eines einzigen Beamten nicht auskommen, und daß die Regierung anerkennt wird, daß das Prinzip der Verantwortlichkeit in der Verfassung in bestimmter Weise ausgebildet werden muß, wenn die Geschäfte in geordneter und nutzbringender Weise fortgefahrt werden sollen. Nur so werden die Beschwerden des Landes beseitigt und das allgemeine Misstrauen gegen den neuen Staatsbau gehoben werden. Bewilligen wir deshalb das Geld für die definitive Beamtenstelle erst dann, wenn der Bundesrat und das Präsidium einen guten Willen gezeigt haben, der Verwaltung des Bundes auch alle diejenigen Maßnahmen zu gestatten, die ihrer

Abg. Plant: Der vorliegende Stat ist allerdings zunächst nur provisorisch, wir müssen ihn aber trotzdem bewilligen. Die politisch bedeutungsvollste Frage ist hierbei die über die Stellung des Bundeskanzlers. Die Erklärungen, die uns der hr. Bundeskanzler hierüber gegeben hat, sind meiner Meinung nach vollkommen befriedigend. Der Bundeskanzler ist das alleinige verantwortliche Organ des Bundes für sämtliche Zweige der Verwaltung, auch für Militair und Marine; in ihm ist gewissermaßen ein ganzes verantwortliches Ministerium konzentriert. Diese Auffassung müssen wir überall festhalten, und sie wird uns über manche unklare Bestimmungen der Verfassung hinwegführen. — Die Verwaltungs-Einrichtungen des Bundeskanzleramts bieten allerdings große Schwierigkeiten dar, aber wir haben keinen Grund, in die Organisation einzutreifen. Überlassen wir es dem Bundeskanzler, den Versuch zu machen, wie er es am besten praktisch einrichten kann, und uns dann Vorschläge zu machen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist eine Bewilligung ganz unerlässlich, um die Sie ersuchen.

Abg. Düncker (motiviert seinen Antrag auf Aussetzung der Abstimmung über diesen Stat bis zum Schluss der Staatsberatung): Es ist nicht strafbare Neugierde, wie der Abg. Laske meint, wenn wir nach der Organisation der Behörden fragen, für die wir Geld bewilligen sollen, sondern es ist dies unsere Pflicht den Steuerzahldern gegenüber. Es wird hier auch nicht Geld verlangt für eine provvisorische Organisation, sondern es soll eine einsätzfähige Behörde etabliert werden. Durch die Phrase des Abg. Laske: „Staaten werden nicht betreut, sondern sie wachsen“, werden wir uns nicht abschrecken lassen, gründlich bei der Prüfung des Staats zu verfahren. Das Streben aller modernen Völker ist dabei gerichtet, nicht unthätig zuzusehen dem Wachsthum ihres Staates, sondern selbstthätig einzugreifen beim Aufbau desselben und mit Bevohstsein daran zu arbeiten. Das ist aber nach den bisherigen Erklärungen einer Herren nicht möglich, da sie selbst im Unklaren sind über die bestehenden Staatseinrichtungen. Herr Laske ist verantwortlich beim Kriegsminister selbst, Herr Planck beim Bundeskanzler, der Herr Bundeskanzler hat erklärt, er sei der einzige verantwortliche Beamte des Bundes. Wem ist denn nun der Kriegsminister verantwortlich? Nach den Erklärungen des Bundes-anglers uns nicht. Es ist aber auch dem preußischen Abgeordnetenhouse nicht mehr verantwortlich, da der ganze Stat des Kriegsministers im preußischen Budget fehlt und der Kriegsminister bei Beantwortung von Interpellationen dort gar nicht mehr verpflichtet ist, vielleicht gar nicht mehr im Hause erscheint. Dieses Hin- und Herschieben der Verantwortlichkeit muß ein Ende nehmen. Beifall lints.) Wir wollen endlich einmal klar sehen, ob und wo sie zu finden ist. Bevor der Herr Bundeskanzler nicht die ausdrückliche Erklärung abgegeben hat, daß er auch hier verantwortlich sei, können wir keinen bestimmten Be schluß hier fassen. — Wir haben aber auch noch einen anderen Grund, die Beratung dieses Staats noch auszufügen. Wenn wir bei der Beratung der Verfassung eine Erweiterung oder Anerkennung unserer Rechte verlangten, halten Sie uns immer auf die Budgetberatung hingewiesen, indem Sie behaupteten, daß die Budgetbestimmungen der Verfassung so trefflich wären, daß hierbei die Rechte der Volksvertretung völlig gewahrt werden könnten. Nun, wir wollen es abwarten. Es sind nur sehr geringe Summen übrig geblieben, über die wir entscheiden können. Deshalb berathen Sie wenigstens diese mit Entscheidlichkeit, mit Ruhe und Umficht. Wenn wir gesehen haben, daß hier der Reichstag sein Recht wahren und eine ausreichende Kontrolle über kann, dann, o. B. mögen Sie darüber beschließen, wie die Spize der Bundesbehörden ausgestalten ist.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich gebe hiermit ausdrücklich die vom Vorredner vermittelte Erklärung ab, daß der Bundeskanzler auch für das Heer und die Marine dem Reichstag verantwortlich ist, so lange die jetzige Bundesverfassung besteht.

Abg. Dr. Bernhardi richtet an den Bundeskanzler die Frage, ob im nächsten Jahre in den Bundesetat nicht eine entsprechende jährliche Summe zur Vollendung der von Perz herausgegebenen monumenta Germaniae, eines Werkes, auf das Deutschland mit Stolz sehen könne, aufgenommen werden würde.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich glaube die Bereitwilligkeit von Seiten des Bundespräsidiums versichern zu können, daß die Frage im Bundesrathe angegeregt wird und glaube auch in Aussicht stellen zu können, daß die Mitglieder des Bundesrathes die Frage in bereitwillige und wohlwollende Erörterung ziehen werden.

Abg. Dr. Löwe: Ich und meine Freunde sind überhaupt nicht eingenommen gegen die Vorlagen des Bundespräsidiums, am wenigsten aber sind wir gegen den Titel I (Bundeskanzleramt). Gerade der Mann, der an seiner Spitze steht, konnte nicht besser ausgewählt werden als Träger der besten Traditionen der preußischen Verwaltung und der erleuchtetsten Grundsätze in allen Fragen des Verkehrs. Aber wir können ihm keinen besseren Tribut der Hochachtung darbringen, als indem wir ihn in eine klare Stellung zu bringen suchen. Ich freue mich über die unverfängliche Annäherung, die nach der Schilderung des Herrn Bundeskanzlers zwischen ihm und seinen preußischen Kollegen herrscht,

aber er geht darin wohl zu weit; jedenfalls wollen wir den Geschäftskreis des Bundeskanzleramts kennen lernen, dessen Präsident sicherlich zu hoch steht, um sich als Strohmann verwenden zu lassen. Der Abg. Lasker verlangt Rücksicht auf den werdenden Charakter des Bundes zu nehmen; aber gerade deßhalb muß man jeden Stein, den man zu dem in der Entstehung begriffenen Werke hinzuträgt, genau prüfen und fragen, warum diese Stelle überhaupt geschaffen werden mußte? Der Bundeskanzler, der allein für Alles verantwortlich sein soll, kann natürlich nicht Alles bewältigen; aber die jetzigen Einrichtungen verdecken, wie das bekannte Bechterspiel, die wahre Verantwortlichkeit, die man vergeblich suchen wird. Vom diplomatischen Korps des Bundes ist in seinem Etat nicht die Rede und das entspricht ganz meinem Ideal oder vielmehr der feierlichen Meinung, die ich von der Diplomatie habe. Ich möchte wissen, ob der Herr Bundeskanzler bei seinen wirklich großen Unternehmungen, ich will nicht fragen, ob vielen Nutzen von seinen eigenen Gesandten, aber viel Freude an seinem Verkehr mit den fremden gehabt hat. Aber, so lange wir eine ständige Diplomatie haben, ziemt es auch der neuen Großmacht des Norddeutschen Bundes, sich durch eigene Gesandte in Europa anzukündigen und die ausländischen durch ihren Präsidenten empfangen zu lassen.

Dispositionsfonds bewilligen, während er doch gestern über die vielen Pauschquantums sich wunderte. Aber Beamte, die unter allen Umständen eine dauernde Stellung haben werden, müssen auch durchaus etatsmäßig fest angestellt werden. Zu streichen haben wir nur da, wo nach unserer Überzeugung Einstellungen nicht gerechtfertigt sind, keineswegs aber nur, um eine Probe unserer Kraft zu geben. Die Herren Waldeck und Löwe vermissen noch immer die Auskunft über die Bedeutung des Bundeskanzler-Amtes. Ich verstehe das gar nicht nach den heutigen Erläuterungen des Herrn Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes. Dasselbe hat nunmehr die Bedeutung der höchsten Verwaltungsbehörde im Bunde. Jeder Minister muß doch einen Kreis von Departementschefs und höheren Verwaltungsbeamten um sich haben. Die Zahl derselben, die wir im Etat finden, scheint mir sogar eine äußerst geringe. Wir wissen nun vollständig, daß und welche Verwaltungszweige aus den preußischen Ministerien gelöst und an das Bundeskanzleramt als verantwortlicher Behörde übergegangen sind. Post- und Telegraphenwesen, indirekte Böle und Verbrauchssteuern, Handels- und Verkehrsverhältnisse und bis zu einem gewissen Grade auch Militär- und Marine-Verwaltung. Bei dieser letzteren tritt allerdings der Unterschied hervor, daß wir für diese Verwaltung einen Minister neben dem Bundeskanzler finden. Der Unterschied ist aber ziemlich klar. Der preußische Kriegs- und Marineminister verwaltet nach seiner Stellung zum Bundesfeldherren auch die Militär- und Marineverhältnisse des Bundes. Die übrigen genannten Bundesverwaltungsbereiche aber sind vollständig aus den preußischen Ministerien gelöst und jetzt dem Bundeskanzler untergeordnet. Jetzt können aber auch die preußischen Minister für diese direkt dem Bundeskanzler unterstellten Dinge Niemandem mehr verantwortlich sein, und auch andererseits, glaube ich, wird das legitime Wort in der Organisation der Bundesverwaltung noch nicht gesprochen sein. Denn auf die Länge wird ein Beamter — eben der Bundeskanzler — die Verantwortlichkeit für eine solche Menge von Zweigen nicht tragen können, es wird ihm unmöglich sein, für jede Detail-Maßregel der Verwaltung einzustehen. Ich glaube daher, daß wir über kurz oder lang dahin kommen werden, ein wirkliches Bundesministerium zu erlangen, nicht mehr aus einer Person bestehend, sondern aus wirklichen Chefs für die verschiedenen Verwaltungszweige. Mit einem Male läßt sich natürlich nicht Alles fertig machen; auch die Amerikaner haben lange Jahre gebraucht, um ihre Bundesverfassung nicht blos theoretisch, sondern auch praktisch befriedigend aufzubauen. Hoffen wir, daß uns dies in kürzerer Zeit gelingt.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Lasker, v. Kirchmann und Dunder, wird der Dunder'sche Antrag abgelehnt (dafür nur die Linke und die Abg. v. Schwerin und Försterling); der Antrag des Abg. Löwe bleibt gleichfalls in der Minorität.

Bundesfanzler Graf Bismarck: Ich fasse diese Erklärung in die Bitte, aus der Thatfaße, daß sich für die Zwecke der Statistik in dem diesjährigen Budget nichts ausgeworfen findet, nicht den Schluß zu ziehen, daß dies etwa auf einem prinzipiellen Ausschluß der Sache für die Zukunft beruhe. Der Herr Vorredner hat keinen Antrag gestellt; ich glaube aber nicht, daß wir uns in dem diesjährigen Budget damit befassen können, sondern in der nächsten Sitzung des Bundesrates und in der nächsten, voraussichtlich vor dem 1. Juli erfolgenden Sitzung dieses Reichstags.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Das Bundeskanzleramt wird auch von diesem Wunsch Alt nehmen und in demselben eine dankenswerthe Anregung finden, denselben im Schooße des Bundesrates zur Sprache zu bringen, eine Anregung, die allerdings wesentlich gefördert werden wird, wenn eine bestimmte Meinungsäusserung des Reichstages vorliegt. Was die Sache anbelangt, so kann ich nur bestätigen, daß die Archive im Allgemeinen trotz der ausgezeichneten Arbeitskräfte, die darauf verwandt sind, nicht überall in wünschenswertem Zustande sich befinden, hauptsächlich wegen der geringen Mittel, die zu diesem Zwecke zu Gebote stehen und aus Mangel an geeigneten Lokalitäten. Wenn der Reichstag seiner Zeit mit entsprechenden Positionen diesem Uebelstande zu Hülfe

Abg. Frbr. zur Abrechnung empfing das germanische Museum zu Nürnberg den Berücksichtigung des Bundeskanzleramtes.

Der Antrag des Abg. v. Hage wird angenommen.
Zu Tit. I, Nr. 12 (Bundeskasse) fragt der Abg. Planck, ob die Errichtung einer besondern Bundeskasse beabsichtigt werde, und ob in dieser Beziehung schon ein bestimmter Plan gefaßt sei. Er konstatiert zugleich, daß den Bundesbeamten so lange ein bestimmtes Recht auf Pension nicht zusteht, so lange nicht

Mitglied des Bundesrats Geh. Rath Günther erwidert, daß, da die Errichtung einer besonderen Bundesstelle mit zu großen Kosten verknüpft sein würde, man vorläufig sich begnügen habe, die Stelle eines Buchhalters bei der

Kap. 2., Bundesrat und Bundesausschüsse, giebt zu weiteren Bemerkungen keine Veranlassung, da die Kosten derselben aus den unter Kap. 1. ausgeführten Bönden mitbestritten werden. Zu Kap. 3., Reichstag, beantragt Abg. v. Bodum in Döllfs die Worte: „in den Lokalitäten des Herrenhauses“ zu freischaffen, da er wünsche, daß in Zukunft für andere Räumlichkeiten Sorge getragen werde, weil die gegenwärtigen durchaus ungünstig und ungenügend seien. Auf die Bemerkung des Abg. Dr. Löwe, daß der Ausdruck korrekt sei, da die Mittel eben nur für die nächste Zeit und für die bezeichnete Lokalität bewilligt würden, obwohl er in den Motiven dem Vorredner vollkommen bestimmt, wird der Antrag zurückgezogen, und ebenso wie in den vorhergehenden Kapiteln alle Positionen genehmigt.

Bundeskonsulate, haben die Abg. Kannegießer, Meier (Bremen) und v. Melle beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: 1) den Bundeskanzler aufzufordern: a) mit dem Bundeshaushaltsetat für 1869 einen Organisationsplan für das gesamme Konsulatswesen dem Reichstag vorzulegen; b) die in dem preußischen Stat für die auswärtigen Angelegenheiten für 1867 aufgeführten Konsulate in den Bundesstaatlichen und südamerikanischen Häfen als Bundeskonsulate in den Bundeshaushaltsetat für 1869 zu bringen. 2) Die unter Tit. 2. Kap. 4. verlangten 25,000 Thlr. für amtliche Ausgaben der Konsulate als Pauschquantum für dieses Jahr zwar zu bewilligen, dabei aber die Erwartung auszusprechen, daß in dem Bundeshaushaltsetat für 1869 die in diesem Titel zusammengefassten Ausgaben nicht mehr als die Hälfte

diesem Titel zusammengefaßten Ausgaben in denselben Umfange, wie dies bisher im preußischen Staatshaushaltsetat geschehen, nach Titeln und Positionen spezialisiert werden.

Wir haben die Einrichtungen nicht für den preußischen Staat, sondern für ganz Norddeutschland zu treffen, und es fehlen noch alle thätsächlichen statistischen Zusammenstellungen und Abschlüsse, die bei der kurzen Zeit unmöglich zu beschaffen waren. Es genügt nicht, die Nachrichten über den Umfang der bisherigen Thätigkeit der preußischen und der übrigen deutschen Konsuln zusammenzustellen, sondern gleichzeitig die Bedeutung der Interessen zu erwägen, welche die Einrichtung eines besonderen Konsulats rechtfertigen. Diese Organisation wird Ihnen aus anderen Gründen Veranlassung zu einer Diskussion geben, wenn Ihnen der Gesetzentwurf über die Rechte und Pflichten der Bundeskonsuln vorgelegt werden wird. Auch die Aufgabe dieses Gesetzes kann nur sein, die Grundzüge der Organisation anzudeuten, nicht aber, dieselbe bereits in ihrer Vollendung zu geben. Unsere Absicht geht dahin, vorläufig ein gemischtes System von Berufskonsulin und Wahlkonsulin zu Grunde zu legen; wann und in welchem Maße eine Einführung des ausschließlichen Systems von Berufskonsuln erfolgen wird, soll Gegenstand Ihrer Berathung im nächsten Reichstage werden. Der vorliegende Etat bezeichnet nur einen Theil der preußischen Konsulate, welche in Bundeskonsulate umgewandelt werden sollen. Es war hierbei der Gesichtspunkt leitend, diejenigen Konsuln, welche gleichzeitig einen diplomatischen Charakter haben (wie in China und Süd-Amerika) vorläufig noch nicht dem Bunde zu übertragen, sondern der preußischen Vertretung zu überlassen, und werden Sie auch diesen Gegenstand im nächsten Reichstage zu ziehen haben.

Was den Dispositionsfonds für Errichtung neuer Konsulate betrifft, so liegt es nicht in unserer Absicht, neue etatsmäßige Stellen damit zu schaffen, sondern nur die Mittel bereit zu haben, welche eine Erweiterung der bestehenden erforderlich sollte. Gleichzeitig wollen wir versuchsweise ein bereits in Preußen bestehendes und bewährtes System einführen, den kaufmännischen Konsuln besoldete Kanzler zur Seite zu geben, die dadurch gleichzeitig eine vorzügliche Vorschule für künftige selbstständige Stellungen durchmachen. Endlich soll der Dispositionsfonds dazu dienen, an einzelnen Punkten, wo sich das Bedürfnis heraussellt, versuchsweise solche Beamte als Konsulin selbstständig fungieren zu lassen.

Abg. Kanngießer bestätigt die Enttäuschung, die auf vielen Seiten durch den gegenwärtigen Etat veranlaßt worden sei. Allerdings seien in Preußen erfreuliche Fortschritte gemacht, doch harrien noch viele Wünsche des Handelsstandes ihrer Erfüllung. Zu diesen gehörte eine ausreichende Vertretung an vielen wichtigen Orten und diesem Bedürfnisse werde nur durch die Einrichtung einer tüchtigen Konsularschule abgeholfen werden, wie sie das von dem Vorredner bezeichnete System verspreche. Nach seinen Erklärungen bin ich bereit, den ersten Theil meines Antrages zurückzuziehen, während mir hinsichtlich des Dispositionsfonds der Mangel an Spezialisierung des Etats und der ins Auge gesafften Konsuln bedenklich bleibt.

Abg. Dr. Schleiden ist ebenfalls durch die Erklärungen des Bundeskommissars vollkommen befriedigt, vermisst aber noch ein Gesetz über die Jurisdicition der Konsuln, das den Instanzenzug, die Verweisung an die heimathlichen Gerichte und namentlich die Aufrechterhaltung der Autorität der Konsuln regelt, und einen Konsulatartif, der durch die nothwendige Gleichförmigkeit in den Gebühren geboten sei.

Abg. Meyer (Bremen): Auch ich habe das Budget beim Durchlesen darüber gefunden, mußte mir aber sagen, daß dies bei den bestehenden Verhältnissen nicht anders möglich sei. Die Erklärungen des Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes habe ich mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt und namentlich die Einführung des gemischten Systems, für welches sich auf meinen Antrag der Handelstag einstimmig ausgesprochen hat. Wir werden dadurch mit erheblich geringeren Kosten einen eben so guten Konsulnweisen erhalten wie die übrigen Staaten, wobei allerdings eine längere Übergangsperiode unvermeidlich ist. Den ersten Theil unseres Antrages ziehe ich gleichfalls zurück und würde dies auch hinsichtlich des zweiten thun, wenn mir in Aussicht gestellt würde, daß man die Absicht hat, auch diejenigen preußischen Konsuln in Bundeskonsuln umzuwandeln, die zugleich einen diplomatischen Charakter tragen, wie die chinesischen und südamerikanischen. Gerade weil ich nicht ein Preuße bin, halte ich mich für berechtigt, darauf zu dringen, daß auch dieser Theil des preußischen Budgets auf das des Bundes übertragen werde.

Präsident Delbrück: Es liegt allerdings in der Absicht der preußischen Regierung, diese Umwandlung, wenn die Umstände es gestatten, vor sich gehen zu lassen. Eine bindende Erklärung kann ich aber zur Zeit noch nicht abgeben.

Abg. Müller tritt der Regierung im Punkte der sparsamen Ausstellung von Konsulaten bei. Im Allgemeinen werde ihre Thätigkeit und Bedeutung überzeugt. Sie vielfach, rezipizieren die Lizenzen der Seeleute, entscheiden Streitigkeiten zwischen Kapitän und Mannschaft, zwischen Ladungsempfänger und Befrachter. Ein Kaufmann macht das ebenso gut, wie ein besoldeter Konsul, wenn nicht besser; auch zu Handelsberichten ist ein intelligenter Kaufmann besser qualifiziert, als ein Beamter, der auf Hörenlagen und fremde Quellen angewiesen ist. Alle der freiwilligen Gerichtsbarkeit versteht er eben so gut, wenn man ihm die richtigen Formulare gibt. Unsere deutschen Kaufleute rangan im Auslande neben den ersten Häusern; sie fassen das Konsulamt stets als eine hohe Ehre auf und liefern dem Bunde das beste Material für unbesoldete Konsuln. Zuweilen sind bei ihrer Wahl Widersprüche vorgekommen, weil auf Berichte der Handelskammern nichts gegeben wurde; hält man doch ausführliche Berichte in vielen Ostseestädten für unglos; die Regierung, heißt es, kehre sich doch nicht daran. Aber man überlege es sich wohl, das System der besoldeten Konsuln im Großen und Ganzen zu adoptiren, denn es ist sehr kostspielig. Das Budget Englands und Frankreichs für diese Zwecke wußte die Versammlung erschrecken.

Abg. Dr. Michaelis: Ich freue mich, daß der Vorredner schließlich doch das gemischte System empfohlen hat. Der Konsul hat außer den von ihm bezeichneten außerordentlichen Funktionen für seinen Staat noch etwas Anderes zu leisten. Er soll ein Fühlbad für den eigenen Staat sein, um den fremden kennen zu lernen, den er mit den Augen des einheimischen muß ansehen können. Die Berichte unserer Handelskonsuln sind, wie ich persönlich erfahren habe, sehr mangelhaft; sie gehen über die Berichte der Handlungshäuser nicht hinaus und geben kein Bild von der Entwicklung irgend einer Branche. Das gemischte System der Regierung entspricht unserem Bedürfnis.

Abg. Dr. Löwe: Unsere Konsuln würden bessere Antworten geben, wenn sie besser gefragt würden. Außerdem weiß ich aus Erfahrung, wie wichtig bei Rechtsstreitigkeiten, bei denen der unbesoldete Handelskonsul so leicht Partei sein kann, das Dazwischen treten eines uninteressierten Beamten ist. Das gemischte System, das das Bundespräsidium empfiehlt, ist zugleich vorsichtig und verbürgt die Zukunft. Darum begrüßt ich es mit Freuden.

Die Diskussion wird geschlossen und es werden den Theile nach genehmigt: Tit. 1. Besoldungen und Dienstaufwands-Einstabdingungen 77,000 Thaler (Ägypten 19,900, Bosnien 6300, Beirut 5100, Jerusalem 4600, Smyrna 6100, Trepanj 4700, Newyork 14,300, Japar 10,000 und Moskau 6000 Thlr.) Tit. 2. Amliche Ausgaben der Konsuln „e 25,000 Thlr.“ Tit. 3. Dispositionsfonds zur Errichtung neuer Konsuln „e 50,000 Thlr.“ Und zwar Tit. 2 mit der Resolution, die Rangierer und Genossen beantragt haben. Die Genehmigungen erfolgen fast einstimmig.

Schluss 3 Uhr. Noch Sitzung Montag 10 Uhr. (Tagesordnung: Berichte über Gesetze, betreffend Abgabe von Salz, Pachtgesetz, Specialdebatte über Kapitel 6, Wartungs-Etat und einmalige und außerordentliche Ausgaben).

Parlamentarische Nachrichten.

In die Kommission für den Gesetzentwurf, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst sind gewählt worden: die Abg. Stavenhagen (Halle), Borsig, v. Savigny, Stellvertreter, Graf Kleist, Schriftführer, Dr. Weber (Stade), Stellvertreter, v. Graevenitz (Grönberg), v. Hennig, Abh. v. d. Golz, v. Sanger, Dunker, Devens, v. Thadden, Tweeten, Frh. v. Molte, Frh. v. Hoverbeck, Graf zu Stolberg, Abh. v. Dornberg, v. Büsen, Wachler, Müller (Stettin).

In die Kommission für den Gesetzentwurf, betr. die Nationalität der Kaufmannsschiffe sind gewählt die Abg. Meyer (Bremen), Vorsitzender, v. Denzin, Stellvertreter, Lesse, Schriftführer, Stavenhagen (Randow), Stellvertreter v. Dergen, Graf Hompesch, Hofius, v. Karsfeld, v. Thünen, Dr. Pleßing, Frh. v. Hüller, Ros, Kaiser und Hartkort.

Bei der Nachwahl im 3. Würzburger Wahlkreis (Borken-Recklinghausen) ist an Stelle des Ober-Tribunalsträth Dr. Waldet der ebenfalls zur Deutschen Fortschrittspartei gehörende Friedensrichter Wulzenbergh zu Geilenkirchen zum Reichstagabgeordneten gewählt worden.

1. Berlin, 29. September. Es gewinnt den Anschein, als ob die Beurtheilung über das Salzabgabe- und Pachtgesetz, welche für morgen im Reichstage angezeigt ist, doch ziemlich umfangreich werden möchte; wenigstens liegt zu beiden Entwürfen eine annehmliche Menge von Amendements vor. — Die Anträge in Bezug auf das Pachtgesetz betreffen meist nur die §. 8 und 9, d. h. die Befugnisse der Behörden zur Legitimationsförderung. So beantragt der Abg. Lesse die Streichung des §. 8 und statt dessen folgenden Zusatz zu §. 10; „Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden und Beamten, von Bundesangehörigen wie

von Ausländern einen genügenden Ausweis über ihre Person zu verlangen, wenn hierzu ein, außerhalb der Bestimmungen über das Pachtgesetz liegender gesetzlicher Grund vorhanden ist, wird durch das gegenwärtige Gesetz nicht berühr't.“ Im §. 9 will derselbe Antrag nur eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung durch Krieg oder innere Unruhe als Grund für das Einschreiten gelten lassen und die Worte „oder sonstige Ereignisse“ gestrichen wissen. — Von Seiten der freien parlamentarischen Vereinigung (Antragsteller Kraatz) wird verlangt: Streichung der §. §. 3 und 9, und folgende Fassung für §. 10: „Alle sonstigen Vorschriften über das Pachtgesetz sind aufgehoben, mit Ausnahme der Bestimmungen über Zwangspässe und Reiserouten, sowie über die Kontrolle der neuen anziehender Personen und der Fremden an ihrem Aufenthaltsorte. Zu letzterem Zweck dürfen indes Aufenthaltskarten weder eingeführt, noch wo sie bestehen, beibehalten werden. An den Befugnissen der Sicherheitsbehörden, insoweit solche auf anderweitigen gesetzlichen Bestimmungen beruhen, wird durch dieses Gesetz nichts geändert. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1868 in Kraft.“

Zu dem Salzabgaben-Gesetz liegt folgender Antrag der äußersten Rechten vor, der damit eigentlich das erste Lebenszeichen in dieser Sektion von sich gibt: den Bundeskanzler aufzufordern, auf möglichst schleunige Herausstellung der Transportpreise für das Salz auf den Eisenbahnen in Gemäßheit des Art. 45 Nr. 2 der Bundesverfassung, sowie auf eine allmäßige Herausstellung der Salzsteuer Bedacht zu nehmen.“ Die Linke endlich beantragt, die Steuer überhaupt nur bis zum Jahre 1871 d. h. für die Dauer der Bollvereinsverträge befesten zu lassen. — Auf die Anfrage, wie man es mit dem Bundes-Etat für die Zeit vom 1. Juli 1867 (d. h. seit Beifehren der Verfassung) bis zum 1. Januar 1868, mit welchem Termin das jetzt festzustellende Budget in Kraft tritt, zu halten gedenkt, ist jetzt eine Antwort dahin ertheilt worden, daß für diesen Zeitraum ein außerordentlicher Kredit nachgesucht werden soll; außerdem ist ein verfassungsmäßiger Nachweis der Einnahmen und Ausgaben des Militär-Etats zugefordert worden. — In Bezug auf die Pflicht der zu Abgeordneten gewählten Beamten hinsichtlich der Zahlung von Stellvertretungskosten bestehen in den alten und neuen Provinzen, so wie in den verschiedenen Bundesstaaten sehr ungleiche Verhältnisse. Eine bezügliche auf Einführung gleichmäßigen Verfahrens gerichtete Resolution wird in Kurzem eingebracht werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 30. September.

— Der königliche Geheime Regierungsrath Herr Gebauer, seit einer langen Reihe von Jahren Kurator der hiesigen Regierung-Haupt-Kasse und Decernent für die Verwaltung der direkten Steuern, hat nach mehr als fünfzigjähriger Dienstzeit seine Pensionirung zum 1. Januar k. s. nachgesucht.

Mit Bezug auf die aus anderen Blättern auch in unsere Zeitung übergegangene Nachricht in Betreff der Annahme von Banknoten seitens der preußischen Bank erfährt die „N. Pr. Ztg.“, daß das Hauptbank-Direktorium keine Verfügung erlassen hat, nach welcher die damals näher bezeichneten schadhaften Noten zurückzuweisen sind.

[Schwieriger vom 26. Septbr.] Es kamen drei Anklagesachen wegen schweren Diebstahls zur Verhandlung. Die erste betraf einen schweren Diebstahl, welchen geständlich der wegen Diebstahls bereits einmal bestrafte Knecht Joseph Kotlinski aus Podrzewie in der Nacht vom 6. zum 7. Juli 1867 in Gemeinschaft mit dem Knecht Andreas Goryni dafselbigen bei dem Wirth Wilhelm Grafe dadurch verübt hat, daß er mittelst eines Nachschlüssels die Kellerthür öffnete und drei Töpfe mit sieben Quart Butter aus demselben entwendete. Einer dieser Töpfe mit Butter verkaufte Kotlinski der verehrten Lagerarbeiter Konstanty Mieczal in Podrzewie für 18 Sgr., indem er ihr mittheilte, wo derselbe herkam. Die Zeugze war deshalb der schweren Schelte angeklagt und der selben gleichfalls geständigt. Es wurde deshalb ohne Buzierung der Geschworenen verhandelt und wurden Kotlinski und die Mieczal vom Gerichtshofe zu 6 Monaten Gefängnis und Unterfagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr verurtheilt. Die Verhandlung gegen Andreas Goryni mußte dagegen ausgekehrt werden, weil derselbe wegen Krankheit aus dem Gefängnisse des königl. Kreisgerichts zu Saunter nicht hierher abgeliefert worden war.

Erster waren die bereits vielfach wegen Diebstahls bestrafsten Tagelöhner Valentin Kurnikowski und Thomas Jeziorny aus Chrystu eines gewaltsamen Diebstahls angestellt, der sich in der Nacht vom 3. zum 4. Mai d. J. bei dem Wirth Lehmann in Rzeczyce dadurch verübt worden war, daß die Diebe mit einer Leiter auf das Dach des Lehmannschen Wohnhauses stiegen, hier einige Dachziegel herausrissen, die Latzen des Dachgeschosses durchbrachen und von dem Boden eine große Quantität Spiel, Fleisch, Säcke, Betteln und ein Stück Leinwand entwendeten. Von dem Dach des Diebstahls führte eine deutliche Fußspur bis nach Chrystu, dem Wołgnore der Angestellten. Da Kurnikowski ein schon bestrafter Dieb ist, wurde er mehrere Tage nach dem Diebstahl bei diesem eine Hausforschung vorgenommen und fand der Gendarmer Kierski bei demselben 2 Kopfissen in dem Bett, welche der Bestohlene als ihm gestohlen recognoscirte. Ebenso war die Chefrau des Kurnikowski während der Revision beschäftigt, ein Stück Leinwand zu verbergen, das später Lehmann gleichfalls als die ihm gestohlene wiedererkannt hat. Kurnikowski hat zwar bejaht und nachzuweisen versucht, daß er jetzt bei ihm gefundenen Gegenstände bereits lange vor dem Diebstahl besessen hatte. Doch ist, da keiner den vorgeschlagenen Zeugen etwas davon zu erkennen vermochte, dieser Nachweis nicht gelungen. Bei dem Angeklagten Jeziorny wurde nur ein Sac vorgefundem, welches nach Angabe des Zeugholen sein Eigenthum ist. Hinsichtlich desselben gab sowohl die bei der Hausforschung anwesende Chefrau des Jeziorny sowie Jeziorny selbst an, daß er sich den Sac von Kurnikowski geliehen habe. Dies wurde auch von Kurnikowski zugestanden. Ein direktes Verdachtsmoment gegen den Angeklagten Jeziorny nicht vorlag, gewannen die Geschworenen nicht die Überzeugung von der Schuld des Angeklagten Jeziorny, erklärten dagegen Kurnikowski des Diebstahls bei Lehmann für schuldig, ohne mildernde Umstände anzunehmen. Der Gerichtshof verurtheilte deshalb den Kurnikowski zu 5 Jahren Bußhaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer.

Schließlich wurde die Anklagesache wider den Tagelöhner Karl Träger aus Dobrik verhandelt. Derselbe ist gleichfalls bereits mehrfach wegen Diebstahls bestraft und war angeklagt, bei dem Wirth Nas in Dobrik einen Diebstahl mittelst Einsteigens an einer Uhr und acht Broten verübt zu haben. Die Belästigung des Angeklagten beruhte im Wesentlichen auf den edlichen Bekundungen des Bäderlehrlings Samuel Rosendorf. Der Letztere hatte sich nämlich, nachdem er die nach dem Haussturz fahrende Stubenhör von Innern verschlossen, in der Badstube um 9 Uhr auf dem Backofen zum Schlafen niedergelegt. Nach einem Paar Stunden erwachte er durch ein Geräusch in der Wohnung und hörte durch die offene Thür dort jemand sagen: „Ich kann den Speicherhügel nicht finden.“ Als er in Folge dessen vom Backofen herunterstieg, hörte er eine andere Stimme auf der Straße vor dem Fenster der Wohnung, und bemerkte in der Wohnung bei hellem Mondchein ganz deutlich den ihm wohlbekannten Angeklagten Träger, welcher, nachdem er sich in der Wohnung eine Stück Brodt abgeschnitten, durch das Fenster der Wohnung auf die Straße hinausfließt. Trog dieser bestimmten Bekundung leugnete Träger die That, versuchte auch nachzuweisen, daß er die ganze Nacht zu Hause gewesen, was ihm jedoch nicht gelungen ist. Keiner der von ihm vorgeschlagenen Zeugen konnte dies befestigen. Da nun auch Träger, als Nachbar des Nas, die Lokalität genau kannte und Tags vorher sich die Gelegenheit auf dem Speicher des Nas besehnen, erachteten die Geschworenen den Angeklagten für schuldig und verurtheilte den Gerichtshof ihn zu 2 Jahren Bußhaus.

Schließlich wurde die Anklagesache wider den Tagelöhner Karl Träger aus Dobrik verhandelt. Derselbe ist gleichfalls bereits mehrfach wegen Diebstahls bestraft und war angeklagt, bei dem Wirth Nas in Dobrik einen Diebstahl mittelst Einsteigens an einer Uhr und acht Broten verübt zu haben. Die Belästigung des Angeklagten beruhte im Wesentlichen auf den edlichen Bekundungen des Bäderlehrlings Samuel Rosendorf. Der Letztere hatte sich nämlich, nachdem er die nach dem Haussturz fahrende Stubenhör von Innern verschlossen, in der Badstube um 9 Uhr auf dem Backofen zum Schlafen niedergelegt. Nach einem Paar Stunden erwachte er durch ein Geräusch in der Wohnung und hörte durch die offene Thür dort jemand sagen: „Ich kann den Speicherhügel nicht finden.“ Als er in Folge dessen vom Backofen herunterstieg, hörte er eine andere Stimme auf der Straße vor dem Fenster der Wohnung bei hellem Mondchein ganz deutlich den ihm wohlbekannten Angeklagten Träger, welcher, nachdem er sich in der Wohnung eine Stück Brodt abgeschnitten, durch das Fenster der Wohnung auf die Straße hinausfließt. Trog dieser bestimmten Bekundung leugnete Träger die That, versuchte auch nachzuweisen, daß er die ganze Nacht zu Hause gewesen, was ihm jedoch nicht gelungen ist. Keiner der von ihm vorgeschlagenen Zeugen konnte dies befestigen. Da nun auch Träger, als Nachbar des Nas, die Lokalität genau kannte und Tags vorher sich die Gelegenheit auf dem Speicher des Nas besehnen, erachteten die Geschworenen den Angeklagten für schuldig und verurtheilte den Gerichtshof ihn zu 2 Jahren Bußhaus.

[Städtische Wasserleitung.] Wir hören, daß im Schoße der Wasserwerks-Direktion, wie des Magistrats, ein neuer Tarif, betreffend die Annahme von Wasser aus der neuen städtischen Wasserleitung, berathen worden ist, welcher nunmehr der Stadtverordnetenversammlung zur Bekanntigung zu gehen soll, um schon am 1. Januar 1868 in Kraft zu treten.

Derselbe, basirend auf den n. mehr als anderthalbjährigen Erfahrungen der Verwaltung unserer neuen Wasserleitung, wird den lokalen Verhältnissen ungleich mehr Rechnung tragen, als dies der seitherige Tarif that, welcher aus Mängeln an eigener Erfahrung seiner Zeit vorläufig den Tarifen anderer Städte, wie Magdeburg, Stettin u. s. w. hatte nachgebildet werden müssen. Daß der Letzte deshalb auch nur vorübergehende Gültigkeit haben sollte, darüber hatten sich von vornherein bei seiner Aufstellung die städtischen Behörden schon geeinigt.

Der neue Tarif bringt denen, welche sich an die neuen städtischen Wasserwerke anzuschließen beabsichtigen, oder auch schon angeschlossen haben, vielfach wesentliche Erleichterungen. Er bedingt nicht mehr den Anschluß eines ganzen Grundstücks mit allen auf ihm befindlichen Gebäuden und Blättern an die neuen Wasserwerke und ebenso wenig mehr ein Kontrahiren mit dem Grundbesitzer allein, sondern gestattet auch den Anschluß einzelner Theile der Grundstücke, wie einzelner Wohnungen, Gärten ic., und zwar schon auf Antrag des bezüglichen Miethers, selbstredend, wenn der Grundbesitzer damit einverstanden ist.

Beachtigt ferner ein Grundbesitzer der Kostenerparnis halber auf seinem Grundstück nur einen, an die neue Wasserleitung anschließenden Hofständer aufzustellen, ohne die einzelnen Wohnräume auf dem Grundstück gleichzeitig mit beideren Zweigleitungen zu versiehen, so gibt von nun ab die Bevölkerung der neuen Wasserwerke das für diesen Hofständer benötigte Wasser eben so zu einem erheblich herabgesetzten Preis ab, wie sie dies für Komtoire, Läden, Gasthofzimmern, Schulzimmer u. s. w. gleichfalls thun wird.

Eine weitere Erleichterung für das wasserbedürftige Publikum wird durch den neuen Tarif geschaffen, daß die Wasserabgabe nach Wassermessern von dem seitherigen Minimalpreise von dreihundert Kubikfuß täglich zu beglichen wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen, für kurz aufzustellende Tarifes ergeben, der dafür zu entrichtende Wasserpreis lediglich auf Deckung der Selbstosten der neuen Wasserwerke ist, da indessen der Tarif, auf dem seitherigen Minimalpreise von nur hundert Kubikfuß herabgesetzt wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen, für kurz aufzustellende Tarifes ergeben, der dafür zu entrichtende Wasserpreis lediglich auf Deckung der Selbstosten der neuen Wasserwerke ist, da indessen der Tarif, auf dem seitherigen Minimalpreise von nur hundert Kubikfuß herabgesetzt wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen, für kurz aufzustellende Tarifes ergeben, der dafür zu entrichtende Wasserpreis lediglich auf Deckung der Selbstosten der neuen Wasserwerke ist, da indessen der Tarif, auf dem seitherigen Minimalpreise von nur hundert Kubikfuß herabgesetzt wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen, für kurz aufzustellende Tarifes ergeben, der dafür zu entrichtende Wasserpreis lediglich auf Deckung der Selbstosten der neuen Wasserwerke ist, da indessen der Tarif, auf dem seitherigen Minimalpreise von nur hundert Kubikfuß herabgesetzt wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen, für kurz aufzustellende Tarifes ergeben, der dafür zu entrichtende Wasserpreis lediglich auf Deckung der Selbstosten der neuen Wasserwerke ist, da indessen der Tarif, auf dem seitherigen Minimalpreise von nur hundert Kubikfuß herabgesetzt wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen, für kurz aufzustellende Tarifes ergeben, der dafür zu entrichtende Wasserpreis lediglich auf Deckung der Selbstosten der neuen Wasserwerke ist, da indessen der Tarif, auf dem seitherigen Minimalpreise von nur hundert Kubikfuß herabgesetzt wird. Es hat sich hierbei allerdings eine Erhöhung des seitherigen,

mag nichts dagegen, und das Uebel wird immer ärger, bis dem nur scheinbar eben so exzentrischen Charakter des Petruccio die Radikalität gelingt, deren Verlauf als Bezähmung und zugleich innere Befreiung durchaus wahr und wohl begründet erscheint.

Der übermuthige Troz eines vollkräftigen männlichen Charakters, der schon Stürme und Kämpfe aufgebracht und ausgetragen hat, trägt über den launischen Eigentümern einer verwöhnten und verwilderten weiblichen Natur den Sieg davon.

Anfangs scheint nur der Reichthum ihres anzuziehen und mit etwas renomistischem Selbstgefühl geht er auf den Vorschlag ein, die böse Sieben zu freien; bald aber ist es mit der natürlichen Frische des Mädchens grade die Schwierigkeit, die ihr unbändiges Wesen seinem Vorhaben entgegenstellt, was ihm dessen Ausführung zur Freude macht.

Gewaltsam genug beginnt er seine Werbung und führt sie eben so zu Ende; doch ist von Anfang an auch schon eine innerliche Einwirkung auf Katharinen's Gemüth anzunehmen, und es gereicht der Darstellerin der Titelrolle ganz besonders zur Anerkennung, daß sie beim ersten Zusammentreffen mit Petruccio diesen im Dialog nicht ausgedrückten Zug in ihrem Spiel nicht unangedeutet ließ. Indem Petruccio an Troz und Wildheit Katharinen überbietet, hält er ihr ein Spiegelbild ihres eigenen Charakters in vergrößertem Maßstabe vor, welches in doppelter Hinsicht beschämend wirkt. Zunächst schreibt es durch seine Därflichkeit ab und erblättert sie um so mehr, als er zugleich durch spöttische Galanterie gegen ihre von ihm fingierte Liebenswürdigkeit ihr andeutet, wie sie sein sollte.

Gleichzeitig muß sie aber gewahrt werden, daß Troz und Wildheit bei ihm als Mann bei Weitem nicht so häßlich erscheint, wie an ihr selber. So erklärt es sich, daß sie den Widerstand gegen seine Werbung nicht bis aufs Neuerste treibt.

Die Beschämung wird zur völligen Niederlage durch das hinzutretende Gefühl der Ohnmacht, welches Petruccio durch die Strapazen der Reise, die Dungerkur u. s. w. erzwungen. Während er dieselben Anstrengungen als ein bloßes Spiel neben seinem eigentlichen Vorhaben mit Leichtigkeit überwindet, fühlt Katharine sich völlig erschöpft und genötigt, vor der wirklichen Kraft und dem verstellten tyrannischen Weisen des Mannes zu zittern. Sobald sie unter diesem Schein die bei ihm wirklich erwachte Liebe entdeckt, führt das Gefühl der Niederlage naturgemäß zur wirklichen und nun auch entschiedenen und nachhaltigen Ergebung.

Fr. Heilig als Katharina befriedigte durchweg und gewährte schon bei ersten Auftritten den beruhigenden Eindruck der vollen geistigen Bildung, welche allein den Hauptcharakter eines Shakespeare'schen Werkes durch eine selbstständige Auffassung gerecht werden kann. Katharina's ungezogenes Benehmen in der ersten Szene ist, namentlich gegenüber dem Schuster, im Urteile abschätzend und in der zähmeren Bearbeitung immer noch unausstehlich; Fr. H. hält die Unliebenswürdigkeit in solchem Maße und ließ von der im Grunde gesunden Natur so viel durchblicken, daß man sich durchaus in Übereinstimmung mit Petruccio fühlte, wenn der erste Eindruck ihrer Erscheinung ihn ebenso wenig abschreckte, als vorher ihr schlimmer Ruf. Allerdings tritt durch diese mahnvolle Haltung der Fehler der Bearbeitung hervor, daß der Aufwand heroischer Mitteln, mit denen Petruccio die Bezähmung bewirkt, übertrieben erscheint und zuweilen peinlich berührt.

Mitzaubertromminger bleibt die Rolle des Petruccio die dankbarere; sie wurde von Herrn Schirmer mit Frische und im Ganzen mit Maße und mit Wahrheit aufgeführt und durchgeführt, und als einem guten Belannten des Publikums von der Sommerbühne galt ihm der lebhaft gespendete Beifall vielleicht noch mehr, als dem Mädchen aus der Fremde.

Herr Heller, ebenfalls von der Sommerbühne bekannt, zeigte als Bianca neben der vorherrschenden Sanftmuth von vorn herein etwas Roquerie, und es scheint uns diese Auffassung ihrer Rolle nicht unglücklich gewählt, wenn wir auch deshalb die schnell und heftig erwachende Sympathie des Lucentio etwas weniger mitempfinden.

In der Rolle des Leiters gab Fr. Hilsinger sowohl den jugendlichen Liebhaber, als den falschen Hauslehrer mit guter Manier. Die beiden Väter Baptista und Vincentio (Fr. Schwarz und Fr. Rhode) vergaben ihrer Würde nichts, und auch der biederer Geradheit des Letzteren wurde der Darsteller gerecht.

Auch die beiden Freier Gremio und Hortensio waren genügend vertreten, besonders die etwas komische Figur des Ersteren durch Fr. Schaffnit; Fr. Theile (Hortensio) möchten wir empfehlen, an seiner Sprache noch etwas veredelt zu arbeiten.

Von den Dienstern war sowohl der gebildete Tranio, der die Rolle seines Herrn vor der Welt zu spielen vermochte, (Herr Giesecke), als der derb-komische Gremio (Herr Merbig) in guten Händen.

So waren denn alle Rollen gut vertheilt und das Zusammenspiel geriet vortrefflich, was umso mehr Anerkennung verdient, als alle Hauptspieler, wie man hört, erst zwei Tage vor der Aufführung sich kennen gelernt haben. Hierauf hat auch der gute Ruf, welcher der neuen Direktion vorangeht, sich bei der ersten Vorstellung bewährt. Wir gestehen mit Vergnügen zu, daß die von Herrn Schwermer soeben eingeführte Gesellschaft, wie wir sie bei dieser Gelegenheit kennen gelernt haben, der Aufgabe eines Shakespeare'schen Lustspiels vollkommen gewachsen ist, und hoffen, daß sie im Stande sein wird, auch zuweilen einen ernsten klassischen Drama mit eigenen Kräften zur Aufführung zu bringen. Das hiesige Publikum ist in dieser Beziehung gewiß nicht verhöhnt, hat aber nach der soeben besprochenen Probe alle Veranlassung, die bisherige Scheu vor den Aufführungen recitender Schauspieler fallen zu lassen und sich noch etwas zahlreicher einzufinden, als diesmal der Fall war.

Das nach dem Lustspiel noch gegebene i. a. Singspiel "Franz Schubert" bietet eine willkommene Reproduction vieler Melodien des genannten Meisters, ist aber als selbstständiges dramatisches Kunstwerk ohne Wert. Die Beurtheilung der mitwirkenden musikalischen Kräfte sei einer besseren Gelegenheit vorbehalten und hier nur noch bemerkt, daß Fr. Schaffnit u. Fr. Giesecke, in dem Singspiel Gelegenheit fanden, sich auch von anderen Seiten, als im Lustspiel dem Publikum vortheilhaft zu zeigen.

Wochenkalender für Konkurse und Subhastationen.

A. Konkurse.

I. Gründungen: Keine.

II. Beendigt: Bei dem Kreisgericht zu Posen:

a) Am 15. Septbr. c. das erbschaft. Liquidationsverfahren über den Nachlaß der Witwe Josepha v. Radowka geb. v. Herrmann durch rechtskräftiges Urteil.

b) Am 16. Sept. c. der Konkurs über das Verm. des Kaufm. Heilmann Elkus durch Besluß des Gerichts und ist der Gemeinschuldner für nicht entstehbar erklärt worden.

Terme und Fristabläufe. Dienstag den 1. Oktober c.

1) Bei dem Kreisgericht zu Samter in dem erbschaftl. Liquidationsverfahren über den Nachlaß des zu Scharfenort am 16. August pr. verstorbenen Bimmermanns und Eigentumsherrn Friedr. Kühl Ablauf der Annmeldungsfrist.

2) Bei dem Kreisgericht zu Bromberg in dem Konkurs über das Vermögen des Tapetierers Ludwig Brunk daselbst Ablauf der Ablieferungs- resp. Zahlungsfrist.

Mittwoch den 2. Oktober c. Bei dem Kreisgericht zu Lobsens in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufm. Abraham Gothen zu Wissel desgleichen.

B. Subhastationen.

Es werden öffentlich und meistbietend versteigert:

Dienstag den 1. Oktober c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Kroto-

sch in das Grundstück Nr. 66 zu Rogoździewo, den Cheleuten Victoria und Kasimir Szyszka gehörig, abgeschägt auf 1260 Thlr. 21 Sgr.

2) Bei dem Kreisgericht zu Bromberg das dem Mühlensitzer Johann Krüger, früher dem Bädermeister Johann Lüneberg gehörige, unter Nr. 348 zu Bromberg, Pojenerstraße, belegene Grundstück, abgeschägt auf 28,170 Thlr. 5 Sgr. 5 Pf.

Mittwoch den 2. Oktober c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Ostrowo: a) das den Wojsiech und Agnes Biangschen Cheleuten in Dankow-Prygodzkie Nr. 21, abgeschägt auf 2322 Thlr;

b) das dem Müllermeister Gustav Weithe gehörige, in der Stadt Ostrowo unter Nr. 205 belegene Grundstück, abgeschägt auf 2322 Thlr. 15 Sgr.

2) Bei dem Kreisgericht zu Rogoźdze das im Dörfe Kirchen-Dombrowka unter Nr. 20 belegene, den Anna Karoline geb. Gründer und Heinrich Schmidt'schen Cheleuten gehörige Grundstück, abgeschägt auf 375 Thlr.

Angekommene Fremde

vom 30. September.

HOTEL DE BERLIN. Fabrikant Pieck aus Theresienstadt, die Kaufleute Walach aus Altdorf und Reinstein aus Lima, die Holzhändler Renkowitz aus Ilse und Lief aus Woldenberg, Zimmermeister Müller, Maurermeister Gutsche und Ultuar Kiersch aus Graz, Rittergutsbesitzer Voigt aus Bydwo, die Agronomen Bielinski aus Polen und Boldt aus Biallow, Prediger Kruska aus Waltersdorf, Frau Hanke aus Wollstein, Frau Schirmer nebst Tochter aus Rogaten, Frau Matthes nebst Kinder aus Amerika, Gutsbesitzer Burgbardi aus Gortatow.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Grabendorf aus Salzwedel, Werner aus Leipzig, Süßmann aus Berlin und Schwarzkopf aus Breslau, Landwirth Mittelstädt aus Jurawice.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Hauptmann v. Derzen aus Stargard i. P. die Rittergutsbesitzer v. Kiersch nebst Frau aus Gonsawa, Frau Dahn aus Breslau, v. Golkowski aus Siekierk und Kurf. Sulkowski aus Neißen, die Kaufleute Elert aus Tiefen, Hergesell aus Breslau, Asch und Levy aus Berlin, Franne aus Bremen, Hebau aus Breslau, Schulze und Wolfenstein aus Siettin, Baumeister Matthes aus Glogau, Landrath v. Hellendorf aus Beitz, Lieutenant v. Hören aus Glogau, Hauptmann nebst Frau aus Rogaten.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Chlapowski aus Szoldry, v. Michlowski aus Dobrin, v. Treskon aus Chludowo, Frau v. Bieganska aus Lukowo und v. Modlinski aus Valentynow, Kommissar v. Urbanowski aus Niechanow, Frau Swantonska aus Brzozowo, Regierungsrath v. Hock aus Breslau, Posthalter Kuhnau aus Breslau, Kaufmann Perlich aus Elversfeld.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Sosolnicki aus Rajen und Graf Skwilecki aus Kobylinki, Kaufmann Diamant nebst Frau aus Breslau, Rentier Steblowski aus Ołoni, Administr. Neumann aus Kolaczkow.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer v. Jaraczewski aus Lowencin, v. Baumberg aus Schönhausen, Dölln aus Polkandies, Schwane aus Karzeno, Hauptmann v. Biewerowksi aus Glogau, Pharmaceut v. Narewski aus Lautenburg, die Kaufleute Noack, Pleitz und Martini aus Berlin, die Kaufleute Heußler, Schweizer nebst Frau und Bürkert aus Berlin, Wiedemann aus Solingen, Rosenheim aus Heidingsheim, Griebel aus Königsberg.

SCHWARZEN ADLER. Fr. v. Wisliceny aus Konarski, Lehrer v. Karnowski aus Gola, Frau Jakobi aus Wolfstein, Gutspächter Bode aus Polwice, Obersöldner Frau Peiert aus Büt, Gutsbesitzer Rejewski aus Sobiesierno, Gutsverwalter Golisz aus Kisewo, Frau Moszczenska nebst Tochter aus Tarnowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 2. Oktober 1867 Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung.

- 1) Feststellung des Etats der Direktion der Wasserwerke pro 1867/68.
- 2) Vermehrung der Strafenlaternen in der Thor- und Leichstraße.
- 3) Betr. die Verwaltung des v. Raczyński'schen Bibliothek-Fonds.
- 4) Entlastung der Armen-Kassen-Rechnung pro 1864.
- 5) Desgl. der Depositalkasse-Rechnung pro 1865.
- 6) Desgl. der Gasanstalt-Rechnung pro 1863/64.
- 7) Desgl. der Realshulfonds-Rechnung pro 1865.
- 8) Desgl. der Mittelshulfonds-Rechnung pro 1865.
- 9) Desgl. der Mädchenshulfonds-Rechnung pro 1865.
- 10) Desgl. der Elementarshulfonds-Rechnung pro 1865.
- 11) Antrag des Herrn Müzel wegen Ergänzung der Geschäfts-Ordnung bezüglich der von den Stadtverordneten an den Magistrat zu richtenden Interpellationen.
- 12) Betr. die Anstellung eines neuen katholischen Elementar-Schullehrers.
- 13) Bewilligung der noch fehlenden 500 Thlr. zur Pfasterung der St. Martinstraße.
- 14) Petr. die Übernahme der Wallische-Brücke durch den Staat.
- 15) Wahl eines Schiedsmannes für das VII. Revier.
- 16) Bewilligung der Mehrabgabe für Ausrüstung von Sparkassenbüchern.
- 17) Wahl der Mitglieder zur Schätzungs-Kommission für die klassifizierte Einkommensteuer.



Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Zeichner von Stammaktien und Stamm-Prioritäts-Aktien werden auf Grund des §. 17. des Statuts vom 25. März c. hierdurch aufgefordert, die zweite Einzahlung von 20 Prozent des Nominal-Betrages der bezeichneten Aktien bei dem Banquier der Gesellschaft,

Herrn F. W. Krause & Co.,

Bankgeschäft in Berlin, Leipzigerstraße Nr. 45. welcher zur Empfangnahme der Einzahlungen und zur Quittungsleistung bevollmächtigt ist, innerhalb vier Wochen und spätestens bis zum 15. November dieses Jahres unter Vorlegung der Quittungsbriefe zu leisten.

Berlin, den 28. September 1867.

Der Verwaltungsrath

der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Bekanntmachung.

Pfänder-Auslösung u. Versteigerung. Am Dienstag den 22. Oktober d. J. läuft der letzte Termin zur Auslösung der vom 4. April 1866 verlegten Pfänder ab, und zwar von Nr. 2848. bis incl. 6098., so wie aus früherer Zeit noch Nr. 533. bis Nr. 19,225. Die Pfänder können täglich in den gewöhnlichen Büros aufzufinden Vor- und Nachmittags ausgelöst werden.

Hierauf **Mittwoch den 23. Oktober d. J.** und die folgenden Tage öffentliche Versteigerung im Lokale der Pfandler- und Schulstraße Nr. 10. Posen, den 15. August 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die unterm Rathause befindlichen, gegenwärtig von dem Kaufmann Silberstein gemieteten Keller sollen anderweitig auf die Zeit vom 1. Januar 1868 bis zum 1. Oktober 1868 an den Meistbietenden vermietet werden.

Hierzu ist der Bications-Termin auf den 10. Oktober d. J. Vormittags 11 Uhr vor dem Stadtrath Dr. Samter auf dem Rathause anberaumt worden.

Die Bedingungen sind in der Registratur einzusehen. Posen, den 25. September 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Wege öffentlicher Submission sollen die auf der Stargard-Posener Eisenbahn gewonnenen in Stargard und in Posen lagernden Metallabgänge, bestehend in:

- u. 4½" hohen alten Bahnschienen,
- Seitenschienen,
- Schmelzeisen,
- Schmiedeisen,
- Gußeisen &c.

zu dem am Mittwoch den 16. Oktbr. 1867, Vorm. 10 Uhr, im Bureau der unterzeichneten Betriebs-Inspektion hier selbst anstehenden Termine an den Meistbietenden verkauft werden.

Die Bedingungen, unter welchen dieser Verkauf stattfindet, sowie die Formulare für Abgabe der Gebote — welche zugleich die Quanta enthalten — sind auf portofreie Anträge vom diesseitigen Bureau zu beziehen; auch können die zum Verkauf gestellten Gegenstände vor dem Termin auf den Lagerplätzen in Stargard und Posen in Augenschein genommen werden; zu den Offerten darf nur das vorerwähnte Formular verwendet werden.

Vor dem Termin hat jeder Bieter eine Kauftion von 5% des Gebots für diejenigen Gegenstände, auf welche er respektirt, einzuzahlen.

Diejenigen Gebote, welche den Verkaufs-Bedingungen nicht entsprechen, oder welche nicht durch vorher deponirte Kauftion gesichert sind, bleiben unberücksichtigt.

Stargard i. Pom., 25. Septbr. 1867.

Königl. Betriebs-Inspektion der Stargard-Posener-Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Der Bedarf an Feldsteinen, gefülltem Kies und Granit für die Unterhaltung der zur Wasserbau-Inspektion Posen gehörigen Provinzial-Chausseen auf die nächstfolgenden Jahre soll im Wege der Minus-Licitation ausgetragen werden, und werden für diese Licitation folgende Termine angesetzt:

- 1) Am Montag den 7. Oktober c. 7½ Uhr Vormitt. im Chausseehause Szoldry Stat. 2,09 für Stat. 1,36 bis 2,46 der Schrimm- Czempiner Provinzial-Chaussee.

2) Am Montag den 7. Oktober c. 10 Uhr Vormitt. im Kaffeehause zu Psarskie

Stat. 0,36 für Stat. 0,04 bis 1,31 der Schrimm-

Czempiner

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht, 1. Abtheilung.
Die den Emil Wolfsohn'schen minorrenen Hugo, Richard und Emilie Geschwister Wolfsohn gehörigen, zu Neustadt b. Pinne *) unter Nr. 31. und 32. belegenen Grundstücke, zusammen abgeschäfft auf 6612 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll

am 5. November 1867

Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Die unbekannten Erben des Kaufmanns Jakob Boas aus Schwerin a. W. werden hier durch zum Termin öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Gericht anzumelden.

Grätz, den 11. April 1867.

*) In den früheren Bekanntmachungen sind die Grundstücke irrthümlich als in Neustadt a. W. belegen bezeichnet, während sie in Wirklichkeit in Neustadt bei Pinne gelegen sind.

Proclama.

Es werden bei dem unterzeichneten Gerichte mehrere Verlassenschaften verwaltet, rücksichtlich deren die Erben unbekannt sind, und zwar:

1. Der Nachlaß des durch rechtskräftiges Urteil des ehemaligen Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Bromberg vom 7. November 1848 für tot erklärten Ignac Biglowicz alias Bi- glowksi im Betrage von 44 Thlr.

2. Der Nachlaß der am 4. März 1864 zu Gnesen verstorbenen Marianna Czajkowska im Betrage von 28 Thlr. 18 Sgr.

3. Der Nachlaß der am 12. Februar 1867 in Gnesen verstorbenen Wirths. Witwe Anna Dorothea Zacharias, geb. Jakobi aus Strychowo, angeblich aus zwei Dritttheilen der Erbschaft nach ihrem Ehemanne, Wirth Gottfried Zacharias zu Strychowo, bestehend und ca. 1000 Thlr. an Wert.

Da völlig unbekannt, wer Erbe dieser Nachlaß sei, so werden dem Antrage der bestellten Kuratoren zu Folge alle Diejenigen, welche an die gedachten Nachlaßenschaften aus irgend einem Grunde ein Erbrecht zu haben glauben, mit hin die unbekannten Erben und deren Erben oder nächste Verwandte aufgefordert, sich persönlich oder schriftlich spätestens aber in dem auf

den 10. Juli 1868,

Vormittags 11 Uhr,
in unserem Instruktionszimmer vor dem Kreis-Richter Herrn Schmauch anberaumten Zer-mine zu melden, und ihr Erbrecht gehörig nachzuweisen, wodrigens sie mit ihren Erban- sprüchen präjudiziert und die genannten Verlassen-

Pädagogium Ostrowo b. Filehne a. d. Ostbahn.
Aufnahme von Zöglingen jeden Alters in den Tagen bis zum 14. Oktober; Erziehung in ländlicher Zurückgezogenheit unter steter Aufsicht; streng überwachte Privathäufigkeit; nicht überfüllte Gymnasial- und Realklassen; Entlassung mit Berechtigung zum einjährigen Dienst. Pension 200 Thlr. pro Jahr. — Daneben separate Vorber- reitungs-Kurse zum Fähnrichs-Examen mit streng geordneten Lehreinrichtungen. Honorar 100 Thlr. quart. Prospekte gratis.

Dr. Beheim-Schwarzbach, Direktor.

Güter-Verpachtung.

Der Ihrer Durchlaucht der Frau Herzogin von Acerenza-Pignatelli, Prinzessin von Kurland und Semgallen gehörende, bei Schmiegel und Altbojen, an der Glogau-Posener Eisenbahn und Chaussee unmittelbar belegene, unter der Bezeichnung „Herrschaft Nitsche“ bekannte, bisher zusammen verpachtete Güterkomplex wird an Johann 1868 pachtlos und soll von da ab, entweder in drei Bezirken, oder wiederum im Ganzen, anderweit auf 12 Jahre im Wege der Lizitation verpachtet werden.

Zur Verpachtung kommen:

a) bei dem Pachtbezirk Nitsche:

1) Hofraum	37 Mrg.	42 D.
2) Garten	45	59
3) Wiesen	594	01
4) Acker	3924	46
5) Weiden	81	59
6) Dedland	9	00
7) Wasser	22	89
8) Holz	44	14

zusammen 4759 Mrg. 10 D. nebst einer Brennerei und zwei Was- sermühlen;

b) bei dem Pachtbezirk Altbojen:

1) Hofraum	28 Mrg.	09 D.
2) Garten	17	12
3) Wiesen	520	00
4) Acker	2787	85
5) Weiden	167	32
6) Dedland	10	64
7) Wasser	4	07
8) Holz	13	68

zusammen 3548 Mrg. 77 D. nebst einer Brennerei und einer Was- sermühle;

c) bei dem Pachtbezirk Radomitz:

1) Hofraum	10 Mrg.	57 D.
2) Garten	10	16
3) Wiesen	192	59
4) Acker	905	68
5) Weiden	—	55

Sprzedaż konieczna.

Król. Sąd powiatowy, 1. wydziały. Nieruchomości do małoletnich dzieci Emilia Wolfsohna rodzeństwa Hugona, Ryszarda i Emilia Wolfsohna należące, w Lwówku pod liczbą 31. i 32. położone, razem oszacowane na 6612 tal. wedle taksy, mogącą być przejrzana wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w registracie, mają być

dnia 5. Listopada 1867.

przed poludniem o godzinie 11. w miejscu zwykłym posiedzeni sądowych sprzedane.

Niewiadomych z pobytu spadkobierców kupca Józefa Boasa z Skwierzyny nieniem na termin zapożycamy publicznie.

Wierzyiele, którzy względem pretensji realnej, z księgi wieczystej nie wynikającej, zaspokojenia swego z ceny kupna żądają, winni są z pretensjami swemi do sądu subastażycnego się zgłosić.

Grodzisk, dnia 11. Kwietnia 1867.

*) In den früheren Bekanntmachungen sind die Grundstücke irrthümlich als in Neustadt a. W. belegen bezeichnet, während sie in Wirklichkeit in Neustadt bei Pinne gelegen sind.

Rychlewski.

Es werden bei dem unterzeichneten Gerichte mehrere Verlassenschaften verwaltet, rücksichtlich deren die Erben unbekannt sind, und zwar:

1. Der Nachlaß des durch rechtskräftiges Urteil des ehemaligen Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Bromberg vom 7. November 1848 für tot erklärten Ignac Biglowicz alias Bi- glowksi im Betrage von 44 Thlr.

2. Der Nachlaß der am 4. März 1864 zu Gnesen verstorbenen Marianna Czajkowska im Betrage von 28 Thlr. 18 Sgr.

3. Der Nachlaß der am 12. Februar 1867 in Gnesen verstorbenen Wirths. Witwe Anna Dorothea Zacharias, geb. Jakobi aus Strychowo, angeblich aus zwei Dritttheilen der Erbschaft nach ihrem Ehemanne, Wirth Gottfried Zacharias zu Strychowo, bestehend und ca. 1000 Thlr. an Wert.

Da völlig unbekannt, wer Erbe dieser Nachlaß sei, so werden dem Antrage der bestellten Kuratoren zu Folge alle Diejenigen, welche an die gedachten Nachlaßenschaften aus irgend einem Grunde ein Erbrecht zu haben glauben, mit hin die unbekannten Erben und deren Erben oder nächste Verwandte aufgefordert, sich persönlich oder schriftlich spätestens aber in dem auf

Möbel-Auktion.

Mittwoch den 2. Oktober c. werde ich von früh 9 Uhr ab in Jesuitenstraße 4. die zum Nachlaß des Regierungsrath v. Salis- towki gehörigen Möbeln, als Sofas, Fauteuils, Tische, Stühle, Damens- Schreibtische, Kommoden, Spiegel, Bilder, Gardinen, Teppiche, Glas, Porzellan, Haush- u. Küchengeräte, um 12 Uhr ein gutes Mahagoni. 61/2 ottav. Pianoforte, sowie von Nachmittags 2 Uhr ab die Bibliothek dafelbst, aus den Autoren der lateinischen, französischen, polni- schen, deutschen ic. Sprache, sowie Werken über Literatur und Staatswissenschaft u. s. w. be- stehend, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, f. Auktions-Kommissar.

Möbel-Auktion.

Donnerstag den 3. Oktober c. früh von 9 Uhr ab werde ich Wasserstr. Nr. 2., eine Treppe, neue Mahagoni-Möbel, als: Sophia, Tische, Stühle, Kommoden, Kleider- und Wäschspinde, Bettstellen, Chiffonnier, Spiegel, Bett- und Waschtisch mit Marmorplatte öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, f. Auktions-Kom.

!!! Geschäfts-Berlegung !!!

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein

Galanterie- und Schreibmaterialien-Geschäft

und Buchbinderei

nach Breslauerstraße Nr. 3. im Klugischen Hause.

C. W. Kohlschütter.

Durch neue Zusendungen ist mein Lager von

Tüll- und Mull-Gardinen,

Teppichen,

Portieren u. Möbelstoffen

wieder vollständig sortirt und empfiehle dieselben zu billigen Preisen.

S. H. Korach,

Neuerstraße 4.

Da ich mein Geschäft aufgebe, so werde ich

die noch übrigen Bestände, bestehend in

Strickwolle, Perl., Galanterie-Waren, Seife,

Parfüm ic. an. Mittwoch, den 2. Oktbr.,

von früh 9 bis 1 Uhr, meistbietend verkaufen.

Wilhelmsplatz Nr. 6.

Anna Wechsel,

geb. Pfeiffer.

Das Eintreffen der neuesten Winterformen

zeigt hiermit ergebenst an und bitte um recht-

liche Aufträge zum Modernisiren, Waschen

oder Färben von

Filz- ic. Hüten für Damen.

Für die mir schon übergebenen Bestellungen bitte ich in Betreff der Formen nunmehr zu bestimmen.

P. Hahn, St. Martin 78.

Dominium Chraplewo bei Czerny hat

100 fette Ham-

mel zu verkaufen.

Jaquetts, Paletots, Mäntel,

Komplette Garnituren,

Fertige Anzüge,

nach Pariser Original-Faqons in den neuesten und besten

Stoffen Kopirt, empfiehle von den billigsten bis elegantesten Genres.

Robert Schmidt

Markt 63. (vormals Anton Schmidt).

Die Nouveautés der bevorstehenden Saison

in Seidenwaaren, Chales, Kleiderstoffen,

Teppichen, Meubelstoffen, Gardinen,

Buckskins, Paletotstoffen ic. ic.

finden eingetroffen und bieten meine Magazin in allen Artikeln die größte Aus-

wahl bei den solidesten Preisen.

Die unterzeichnete Maschinenfabrik erlaubt sich, ihre bekannten, vorzüglich konstruierten und bewährten Maschinen zu empfehlen, und zwar:

1) ihre originell konstruierten, in Tausenden von Exemplaren gefertigten und abgesetzten Schmiedeeisernen Pferde-Dreschmaschinen und fahrbaren oder festen Göpel;

2) ihre Dampf-Dreschmaschinen mit halber, vollständiger oder ohne Reinigung bis zum Preise von 400 Thaler;

3) ihre Lokomobile mit selten erreichten geringen Kohlenkonsum, darunter die neu konstruierten originalen zweiräderigen Lokomobile bis zu 3 Pferdekraft;

4) ihre Getreidemühlens mit Dampf- und Göpelbetrieb mit laufendem Ober- oder Unterstein, transportabel oder fest, mit außergewöhnlicher Leistungsfähigkeit;

5) ihre Holzschnedemühlen und Holzbearbeitungsmaschinen mit Dampf-

betrieb;

6) ihre Getreide-Reinigungsmaßchinen, Sägemaschinen, Schollenbrecher, Ringelwalzen, Dampfapparate ic.;

7) ihre Einrichtungen zu Hand- und Dampfbrennereien nach den neuesten

Erfahrungen, darunter Maischmaschinen, Kartoffelwalzen, Malzwalzen, Kühlmassen,

Steinlese und Kartoffelwaschmaschinen, Elevatoren, Pumpen ic.;

8) ihre Einrichtungen

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 30. September 1867. (Mareuse & Maas.)

Not. v. 28

Weizen, höher.	99½	97½	Mübel, still.	11½	11½
Sepbr.-Oktbr.	95	94	Sepbr.-Oktbr.	11½	11½
Oktbr.-Novbr.	100	94	April-Mai 1868	11½	11½
Frühjahr 1868.	92½	91	Spiritus, höher.	21½	21½
Noggen, steigend.	78½	73	Sepbr.-Oktbr.	19½	19
Oktbr.-Novbr.	71	70½	Oktbr.-Novbr.	19½	18½
Frühjahr 1868.	65	65	Frühjahr 1868.	19½	18½

Börse zu Posen

am 30. September 1867.

Des jüdischen Neujahrsfestes wegen geschäftslos, weshalb keine Notirungen angegeben werden können.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Septbr. Wind: West. Barometer: 28. Thermometer: Kond. 5°+. Witterung: Schön. Roggen wurde heute sehr lebhaft umgesetzt, dabei kamen Realisationsverkäufe auf nahe Lieferung dem Begehr sehr entgegen, während letzterer für entfernte Termine stark im Übergewicht blieb; diese sind denn auch weit mehr gesiegt als jene, der Export hat sich mit einiger Verringerung. Von effektiver Ware ist heute wenig die Rede gewesen. Gefündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 72½ Rth.

Weizen animirt und besonders auf Frühjahr wesentlich besser bezahlt. Gefündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 86½ Rth.

Hafer loko gut zu lassen, Termine fest. Gefündigt 600 Ctr. Kündigungspreis 30 Rth.

Rüböl fortwährend matt und Käufer im Vortheil. Gefündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 11½ Rth.

Spiritus hat an heutigem Markte sich im Werthe neuordnungs gebessert. Beliebt sind jetzt besonders die entfernteren Sichten. Gefündigt 20,000 Quart. Kündigungspreis 22½ Rth.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 84-100 Rth. nach Qualität, weißer schles.

94½ Rth. bz., gelber märk und hochb. poln. 96 Rth. bz., pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 86 a 87½ Rth. bz., Sepbr.-Oktbr. 86 a 87½ Rth. bz., Oktbr.-Novbr. 86 a ½ Rth. Novbr.-Dezbr. 85 Br. 84 Gd. April-Mai 83½ a 85½ Rth. bz.

Fonds- u. Aktienbörsse.

Berlin, den 28. Septbr. 1867.

Prenzische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½	97½ G	Staats-Anl. 1859 5	102½ bz
do. 54, 55, 57 4½	97½ bz	do. 54, 55, 57 4½	97½ bz
do. 56 4½	97½ bz	do. 1859, 1864 4½	97½ bz
do. 50, 52 conv. 4	89½ bz	do. v. 1862 5	86½ bz
do. 1853 4	89½ bz	do. 1864 5	—
do. 1862 4	89½ bz	do. engl. 5	86½ G
Prem. St. Anl. 1855 3½	116 bz	do. Pr. Auf. 1864 5	103½ bz
Staats-Schuldch. 3½	85½ bz	Poln. Schatz-D. 4	93 63 bz
Kurh. 40 Thlr. Loope	52½ G	do. II. 4	62½ bz
Kurh.-Neum. Schuldch.	80½ bz	Cert. A. 300 St. 5	20 G
Berl. Stadt-Obl.	5 101½ bz	Pibdr. n. i. G.R. 4	58 6½ u G
do. do.	49	Pibdr. 500 St. 4	94 G
do. do.	79½ bz	Amerik. Anleihe 6	76½ bz
Berl. Börsen-Obl.	5 101½ bz	Neue D. 35fl. Loope	29 etw bz
Kur. u. Steu.	3½ 77 bz	Dessauer Präm. Anl. 3½	96 G
Märkische 4	87½ bz	Eüeeder Präm. Anl. 3½	48½ G
Ostpreußische 3½	78½ bz		
do. 83½ bz			
Pommersche 3½	76 bz		
do. neue 4	87½ bz		
Posensche 4	—		
do. 3½ —			
do. neue 4	86 bz		
Schlesische 3½	—		
do. Litt. A. 4	—		
Westpreußische 3½	76½ bz	Bremer do. 4	116½ bz
do. 4	83 bz	Toburger Kredit- do. 4	76½ G
do. neue 4	82½ bz	Danzig. Priv.-Bl. 4	110 G
do. 490½ bz	90½ bz	Darmstädter Kreid. 4	80½ G
do. 4	90½ bz	Zettel-Bank 4	96½ G
Kurh.-Neumärk. 4	90 bz	Dessauer Kredit-B. 0	2½ G
Pommersche 4	89½ bz	Dessauer Landesbl. 4	—
Posensche 4	89 G	Disk. Komm. Anl. 4	103½ bz
Preußische 4	89½ G	Großer Kreditbank 4	25 bz u G
Rhein.-Westf. 4	93 G	Gerauer Bank 4	102 G
Sächsische 4	90½ bz	Gothaer Privat do. 4	92½ G
Schlesische 4	90½ bz	Hannoversche do. 4	77½ bz
		Königsb. Privatbl. 4	112 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.	
Berl. Kassenverein 4	159 G
Berl. Handels-Gel. 4	107½ etw bz u G
Braunschwg. Bank 4	90 bz
Bremer do. 4	116½ bz
Toburger Kredit- do. 4	76½ G
Danzig. Priv.-Bl. 4	110 G
Darmstädter Kreid. 4	80½ G
Zettel-Bank 4	96½ G
Dessauer Kredit-B. 0	2½ G
Dessauer Landesbl. 4	—
Disk. Komm. Anl. 4	103½ bz
Großer Kreditbank 4	25 bz u G
Gerauer Bank 4	102 G
Gothaer Privat do. 4	92½ G
Hannoversche do. 4	77½ bz
Königsb. Privatbl. 4	112 G

Da heut sowohl die Wiener als die Pariser Notirungen fester gemeldet wurden, konnte die hiesige Börse ihnen folgen und war dieselbe darum heut gleichfalls fester. Die Hauptspekulationspapiere wurden etwas mehr gehandelt; namentlich Lombarden und Franzosen, und zwar in Folge großer Kauflust, wie aus den Anfangs steigenden Kurzen hervorging. Auch Amerikaner und Italiener waren fester, Russen dagegen matter. Auch für Eisenbahnen herrschte besser.

Stimmung, aber nur Nordbahn und Köln-Windener waren in besseren Verkehr.

Preußische Fonds waren unbeliebt. Wechsel unbekannt. Rumänische Anleihe 60 B.

Liquidationskurse: Italiener 48, Destr. Kredit 72½, 1860er Loope 67, Galizier 86½, Westbahn 58½, Franz. 128½, Lombarden 99½, Russ. Präm. Anl. 100½ resp. 94½, Amerik. 76½, Oberschl., Köln.-Mind., Rhein., Bergisch.-Märk., Postsd., Anhalter, Nordbahn heutiger Mittelfurs., Russ. Banknoten 84, kurzer Wiener Mittelfurs.

Nordbahn (Friedr. Wilh.) 93½ a 8 gem. Destr. Kredit 72½ a 8 gem. Russisch.-Polnische 4proz. Schatz-Obligationen große 63 G.

Breslau, 28. Sept. Ungeachtet einer ziemlich umfassenden Liquidation, welche anlässlich des südlichen Neujahrsfeiertags bereits heute beforgt wurde, und ohne Schwierigkeit von Staaten ging, war das Geschäft im Allgemeinen lebhafter bei etwas höheren Kursen. Namentlich waren amerikanische Anleihe, sowie Oderberger und österr. Eisenbahnaktien lebhaft gefragt, während gleichzeitig die stark gewichene österr. Papiere sich eine Kleinigkeit verbesserten.

Regulierungskurse pro September 1867. Russische Banknoten 84, östr. Banknoten 82, Freiburger Eisenbahnaktien 134, Oberschl. Lit. A. u. C. 194, Rosel-Oderberger 69, Wartha-Wiener 62, Amerikaner 77, italienische Anleihe 48, östr. Götter Loope 67, östr. Kredit 73, bayerische Anleihe 97, Oppeln-Tarnowitzer 72, polnische Liquidations-Pfandbriefe 48, Rechte Oder-Ufer-Bahn 72.

Bayrische Kurse: 1860 — do. 1864 — Bayrische Anleihe — Schles. Bank 113½ G. Destr. Kredit.

Kredit-Bank 72½ bz u B. Reichsb. Pfand. Prior. — Überl. Prior. — 1864 — B. 78½ G. 7½ G. do. do. 86 G. 85½ G. do. Litt. F. 94½ G. 92½ G. do. Lit. G. 93½ G. 93½ G. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 134 B. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn — Rechte-Brieger — Oberschlesische Lit. A. & C. 194½ bz u B. do. Litt. B. — Oppeln-Tarnowitz 72 G. Rechte Oder-Ufer-Bahn 71½ G. Rosel-Oderberg 68½ bz. Amerikaner 76½ bz u B.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Franfurt a. M., 28. September, Nachmittags 1 Uhr. Sehr füllig aber etwas fester. Amerikaner 75½ pr. compt., 75½ G. pr. med. Kreditaktien 168½, steuerfreie Anleihe 46½, 1860er Loope 67, Nationalanleihe 51½, Staatsbahn 224½, Badische Prämienanleihe 94½.

Franfurt a. M., 28. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse blieb bis zum Schluss sehr füllig, die Haltung etwas fester. Neue Badische Prämienanleihe 94½.

Böhmisches Kassenchein 105 G. Berliner Wechsel 104½. Hamburger Wechsel 88. Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 94½. Wiener Wechsel 95 G. Finnland. Anleihe — Neue Finnland. 4½ % Pfandbriefe

Roggens loko pr. 2000 Pfd. 71-72½ Rth. bz., per diesen Monat 73 a 72 Rth. bz., Durchschnittspreis 72½ Rth. Septbr. Oktbr. 72 a 7½ bz. u. Gd. 72 Br., Oktbr.-Novbr. 69 a 68½ a ½ bz. u. Gd. 69 Br., Novbr.-Dezbr. 66½ a ½ bz. 67 bz., Dezbr.-Jan. 65 a 66 bz., April-Mai 64 a 65 a 65 bz.

Geferte loko pr. 1750 Pfd. 47-54 Rth. nach Qualität, schles. 51½ Rth. bz.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 28-31 Rth. nach Qualität, 29½ a 30 Rth. bz., per diesen Monat 30 a ½ a 30 Rth. bz., Septbr. Oktbr. 30 a ½ bz., Novbr. 29½ bz.

Erbzen pr. 2250 Pfd. Kochware 60-68 Rth. nach Qualität, Butterware 60-68 Rth. nach Qualität.

Raps pr. 1800 Pfd. 83-91 Rth. Rübzen, Winter, 82-88 Rth.

Rübzen pr. 100 Pfd. ohn. Fas. 11½ Rth. bz., per diesen Monat 11½ a ½ Rth. bz., Septbr. Oktbr. 11½ a ½ bz., Novbr. 11½ a ½ bz., Dezbr.-Jan. 11½ Rth. bz., Jan.-Febr. 11½ a ½ bz. April-Mai 12 Rth.

Leinöl loko 14 Rth. Br.

Spiritus pr. 8000% loko ohne Fas. 22½ Rth. bz., per diesen Monat 22½ Rth. bz., Septbr. Oktbr. 22½ a ½ bz., ½ Br., ½ Gd., Oktbr.-Novbr. 21½ a ½ bz., ½ Br., ½ Gd., Dezbr.-Jan. 21½ bz., ½ Br., ½ Gd., Febr.-März 21½ bz., ½ Br., ½ Gd., Mai 19 a ½ bz.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 6½-6½ Rth. Nr. 0. u. 1. 6½-5½ Rth.

Roggensmehl Nr. 0. 5½-5 Rth. Nr. 0. u. 1. 5-4½ Rth. bz. pr. Ctr. unversteuert. Bei abermals erhöhten Forderungen guter Absatz. (B. S. S.)

Stettin, 28. Septbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Schön, + 11° R. Barometer: 28.4. Wind: SW.

Weizen steigend bezahlt, p. 2125 Pfd. loko gelber 90-103 Rth., p. 83½ Pfd. gelber pr. Sepbr.-Oktbr. 96½, 97½, ½ Rth. bz., Oktbr.-Novbr. 93 Br., Frühjahr 89½, 91 Rth.

Roggens steigend bezahlt, p. 2000 Pfd. loko 75-79 Rth., 85 Pfd. 80 Rth. bz., pr. Septbr.-Oktbr. 72, 72½, 73½ Rth. bz., Oktbr.-Novbr. 69, 70½ bz., Novbr.-Dezbr. 66½, 67 bz., Frühjahr 64, 65 bz.

Geferte loko p. 1750 Pfd. 48-48½ Rth. schles. 48-50½ Rth. mähr. und überschles. 51-52 Rth. extrafine 52 Rth., pr. Frühjahr p. 69/70 Pfd. schles. 49½